

KNAPPHEIT

Immer teurer: Wie der knappe Boden in der Schweiz die soziale Ungleichheit verschärft **4**

Begriff mit Konjunktur: Warum wir uns mit «Knappheit» auseinandersetzen sollten **11**

Menschen nahe der Armutsgrenze: Wenn sogar der Raum im Kopf fehlt **14**

Magazin für Geld und Geist

moneta

online
moneta.ch

#4 2023



- 4 Der Boden ist knapp, aber nicht für alle
- 7 Unnötig knausriger Staat
- 9 Die praktisch unbegrenzte (Re-)Produzierbarkeit
- 11 «Ich wäre vorsichtig, das Zeitalter der Knappheit auszurufen»
- 14 Steigen die Preise, leidet die Freiheit

EXKLUSIV AUF MONETA.CH

«Seit man Gemüse produziert, wässert man»

moneta.ch/knappheit-wasser

«Ich bevorzuge die Idee einer intelligenten Selbstbegrenzung»

moneta.ch/knappheit-suffizienz

Zeitgerechtigkeit: «Wir müssen Care-Arbeit anders verteilen»

moneta.ch/knappheit-zeit

DIE SEITEN DER ABS

- 16 Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz

PERSÖNLICH

- 24 Lydia Isler-Christ: «Es gibt kein Wunschkonzert mehr bei den Medikamenten»

moneta #4-2023

Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.

Herausgeberin Alternative Bank Schweiz AG
Redaktionsleitung Katharina Wehrli (kw) und Simon Rindlisbacher (sr)

Redaktion Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf), Scarlett Palmeri (sp), Katrin Wohlwend (kwo)

Online-Redaktion Scarlett Palmeri
Übersetzung Roland Fischer

Inserate Bruno Bisang, Luzia Küng

Layout Clerici Partner Design, Zürich

Illustrationen Claudine Etter

Druck Ropress Genossenschaft, Zürich

Papier RecyStar Nature, 100 Prozent Recycling

Adresse Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 206 16 16, moneta@abs.ch

Auflage dieser Ausgabe 22 300 Ex.

Beilagen Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.

Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte via E-Banking-System oder telefonisch.

Online-Magazin: Alle Schwerpunktartikel von moneta erscheinen auch online unter moneta.ch.

Nicht knapp an Facetten



Vieles scheint knapp zu sein in diesen Zeiten: Boden, Wasser, Energie, Zeit, Fachkräfte oder soziale Kontakte und natürlich immer wieder auch das Geld. Entsprechend häufig begegnet einem der Begriff «Knappheit» in den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten.

Was aber bedeutet Knappheit genau? Der Begriff ist facettenreicher, als man vielleicht im ersten Moment denkt: Knappheit ist zunächst einmal ein ökonomisches Prinzip, wonach es nicht von allen Gütern genug gibt, um sämtliche Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Gemäss diesem Prinzip ist es Aufgabe der Wirtschaft, die begrenzt vorhandenen Güter zu verteilen. Weiter drückt Knappheit verschiedene Erfahrungen aus: beispielsweise, dass etwas gerade noch in genügender Menge vorhanden ist oder dass wir weniger haben, als wir meinen zu brauchen. Dies wiederum kann auch «nur» die Abwesenheit von Überfluss bedeuten (etwa, wenn jemand wegen drohender Energieknappheit die Heizung herunterdrehen muss von T-Shirt-heiss auf pulloverwarm). Für andere hingegen bedeutet Knappheit Mangel. Für Menschen nahe an der Armutsgrenze – unter- und oberhalb – bedeutet etwa Geldknappheit, dass sie sich auch Lebensnotwendiges nicht mehr leisten können. Noch einmal eine andere Bedeutung hat Knappheit auf dem politischen Parkett. Um beim Beispiel der Geldknappheit zu bleiben: So scheint die reiche Schweiz immer wieder genau daran zu leiden, beispielsweise wenn es um Sozialausgaben geht. Gleichzeitig sind aber Milliarden von Franken für die Rettung von Unternehmen vorhanden. Also ist doch Geld da – und Knappheit nur eine Frage der politischen Perspektive?

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit «Knappheit» scheint angebracht. In dieser moneta widmen wir uns daher dem Begriff als solchem und nähern uns auch über konkrete Beispiele an: über die Knappheit von natürlichen Ressourcen, wie jener des Bodens, aber auch die Knappheit von immateriellen Gütern wie der Zeit. Die Beiträge zeigen auf, wie und warum Knappheit entsteht und wie sie erlebt wird, was sie bewirkt und wie sie überwunden werden könnte.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Simon Rindlisbacher,
Co-Redaktionsleiter moneta

moneta



Verpassen Sie keine Ausgabe und abonnieren Sie den moneta-Newsletter unter moneta.ch/newsletter-anmeldung

Zirkuläres Bauen in Écublens

In der Gemeinde Écublens (VD) baut ein Team von EPFL-Studierenden einen klimafreundlichen «Low-Tech-Pavillon». Dieser besteht hauptsächlich aus wiederverwendeten Beton-Bauteilen sowie Materialien wie Dachziegeln oder Bio-Stroh, die von der Bevölkerung gespendet werden. Der Pavillon soll künftig möglichst energieautonom funktionieren. Ziel des partizipativen Projekts ist es, der Bevölkerung und insbesondere den Schülerinnen und Schülern des benachbarten Gymnasiums das Potenzial des klimaschonenden Bauens aufzuzeigen. Initiiert wurde das Projekt vom Verein rebuiLT, der sich für die Erforschung und Entwicklung des

nachhaltigen und zirkulären Bauens einsetzt. Nach dem Bau wird der Pavillon der Bevölkerung, der Schule sowie Vereinen zur vielfältigen Nutzung zur Verfügung gestellt. (kw)

Weitere Infos: ecublens.ch
und rebuilt.cargo.site

Foto: PJRenaud – rebuiLT



«Flugmode» heizt die Klimakrise an

Immer schneller, immer günstiger – immer klimaschädlicher: Die Fast-Fashion-Industrie setzt auf kurzlebige Modetrends und ultraschnelle Lieferfristen. Dafür lässt sie hunderttausende Tonnen an Kleidung, Textilien und Schuhen in der Welt herumfliegen. Allein in der Europäischen Union wurden 2022 weit über 700 000 Tonnen als Luftfracht importiert und exportiert, was rund 20 reinen Frachtflügen entspricht – pro Tag. Dies ist nicht nur unnötig (schliesslich sind Textilien keine ver-

derblichen Güter), sondern auch extrem klimaschädlich: Gemäss einem neuen Bericht der NGO Public Eye verursacht «Flugmode» rund 14-mal mehr CO₂-Emissionen als Kleidung, die hauptsächlich auf dem Seeweg transportiert wird. Mit einer Petition fordert Public Eye die hauptverantwortlichen Moderiesen wie Zara oder Shein dazu auf, diese schädliche Praxis zu beenden. (kw)

Bericht und Petition finden sich auf: publiceye.ch

Hoffnung und Kraft für kommende (Klima-)Herausforderungen

Nahe der Bahnhofstrasse und somit mitten im Konsumzentrum der Stadt Zürich gibt es seit 2019 den Klimapavillon. Mit Ausstellungen, Vorträgen und anderen Veranstaltungen wurde er zu einer Art lokalem physischem Hub für das Nachdenken über die Klimakrise, für Klimainitiativen und -engagement. Noch bis zum 23. Dezember gibt es dort auch die «Bibliothek zur glücklichen Zukunft». Hier geht es um Ideen, Lösungen,

eine positive Haltung. Das aktuelle Thema der Veranstaltungen lautet «Konsum, Genügsamkeit und Kreisläufe». Im Fokus ist auch die Widerstandskraft: Menschen, die Migration und Gewalt erlebt haben, erzählen am 16. Dezember von ihren Erfahrungen und woran sie gewachsen sind. (eb)

Weitere Informationen: klimapavillon.ch

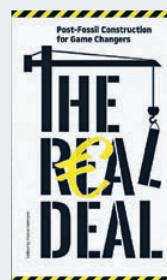
Einfamilienhausquartiere verdichten

Die Zersiedelung in der Schweiz nimmt zu, zum Leid von Menschen und Umwelt. Was kann dagegen unternommen werden? Die Onlineplattform MetamorphHouse bringt eine zusätzliche Dimension in die Debatte, indem sie konkret aufzeigt, wie Einfamilienhausquartiere sanft verdichtet werden können, und Hausbesitzerinnen und -besitzer für das Thema sensibilisiert. Die Plattform wurde am 7. November in Biel im Rahmen der Schweizer Wohntage 2023 lanciert. Die Alternative Bank Schweiz ist Partnerin des Projekts. (dr)

Weitere Informationen: metamorphouse.ch

Buchtip: «The Real Deal»

Die Baubranche hat einen grossen Anteil an der Klimakrise: Sie ist verantwortlich für etwa die Hälfte der weltweit abgebauten Rohstoffe und für rund 40 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Im Buch «The Real Deal: Post-Fossil Construction for Game Changers» ermutigt der Herausgeber und Architekt Fabian Hörmann Entscheidungsträger und -trägerinnen in verschiedenen Branchen und in der Politik, die notwendige Bauwende anzupacken. Fachbeiträge aus unterschiedlichen Branchen, visuell aufbereitete Fakten und fotografisch dokumentierte Bauten erzählen Geschichten des Gelingens und machen das Potenzial von regenerativen Materialien und Konstruktionen sichtbar. Die Alternative Bank Schweiz hat zum Buch einen Artikel über ganzheitlich wertorientierte Geschäftsmodelle als Ausgangspunkt für umfassenden und nachhaltigen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft beigetragen. (kwo)



«The Real Deal» ist erhältlich unter: ruby-press.com/shop/the-real-deal (nur auf Englisch)



moneta wird von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion betreut. Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Haltung der ABS wieder, ausser auf den «Seiten der ABS» oder in speziell markierten Kommentaren.

Der Boden ist knapp, aber nicht für alle

In der Schweiz kann man sich als Normalverdienende kaum noch Immobilieneigentum leisten. Auch Mietwohnungen sind vielerorts unerschwinglich geworden, obwohl viel gebaut wird. Wie ist das zu erklären?

Text: Esther Banz

Vor einiger Zeit ist der Besitzer des kleinen Gewerbehauses, in dem sich seit langer Zeit das Büro von Kollegen befindet, gestorben. Dessen Treuhänder bot es ihnen zum Kauf an. Der Hauseigentümergeverband hatte den Preis zuvor geschätzt: Danach hätten meine Kollegen einen gigantischen Betrag zahlen müssen für ein sanierungsbedürftiges Knusperhäuschen in Zürich. Denn das ehemalige Arbeiterquartier, in dem sich das Gebäude befindet, geriet durch das neue SBB-Geschäftsquartier «Europaallee» unter starken Aufwertungsdruck. Auch von der Bank gab es eine Schätzung, sie lag deutlich tiefer. «Die Bank schätzte den tatsächlichen Wert des Gebäudes – der Hauseigentümergeverband jenen des Marktwerts des Bodens», erklärte mir einer der Kollegen kürzlich. Mit beiden Preisen vor Augen rechneten meine Kollegen nun.

Boden lässt sich nicht vermehren wie ein Produktionsgut – an attraktiven Lagen ist er entsprechend chronisch knapp. Weil er dennoch wie ein Produktionsgut behandelt wird, steigt dessen Wert stetig und teils enorm. In dem Zürcher Quartier, in dem das Häuschen meiner Kollegen steht, hat sich der Quadratmeterpreis seit 2020 beinahe verdoppelt; er liegt inzwischen bei unfassbaren 42 510 Franken. Wo Boden so begehrt ist, können sich Menschen mit normalem Einkommen und Vermögen einen Kauf kaum noch leisten, und der grosse Aufwertungsdruck lässt auch die Kosten fürs Wohnen und Arbeiten in Mietverhältnissen steigen.

Intransparenz beim Boden

In vielen grossen Städten sind Immobilien und der Boden, auf dem sie stehen, deshalb zunehmend in der Hand von Institutionellen, wie eine international koordinierte investigative Recherche zeigte. Für die Schweiz konnten die Journalistinnen und Journalisten von «Bajour» und «Reflekt» am Beispiel Basel aufzeigen, wie die Häuser der Stadt immer mehr den Pensionskassen,

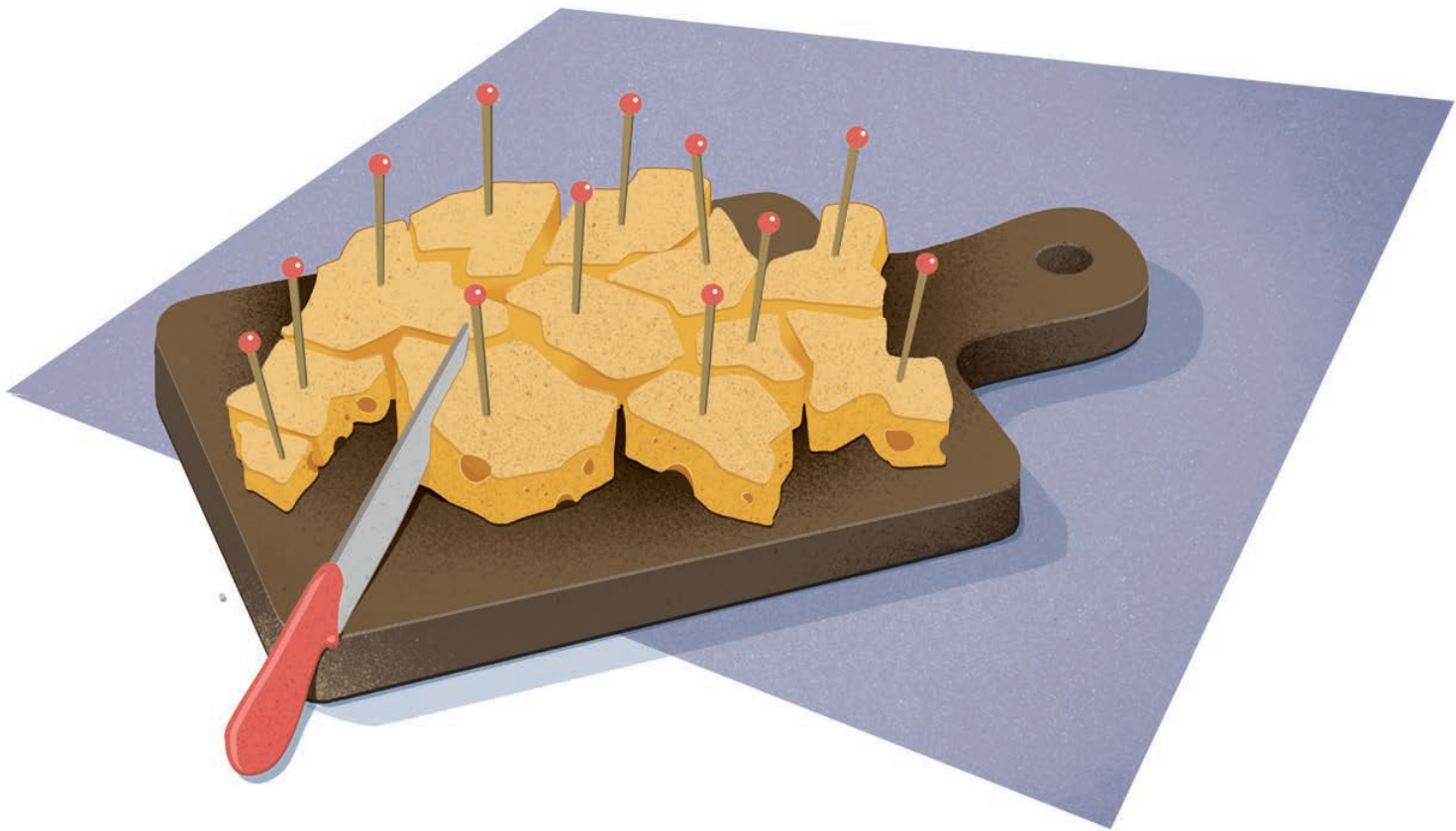
Banken und Versicherungen gehören – beinahe 30 Prozent waren 2021 in ihrer Hand. In Zürich waren es nur knapp weniger, zwei Jahre später dürften die Zahlen noch höher sein. Die Recherche wird durch die Intransparenz bei den Grundbuchämtern erschwert. Die Politik hat ein Interesse daran, zu wissen, wer den Boden kauft, würde man meinen – aber das Gegenteil ist der Fall: So kann man beim Grundbuchamt etwa nicht in Erfahrung bringen, welche Immobilien zum Beispiel in Zürich der UBS gehören. Man kann nicht alle ihre Grundstücke, sondern nur einzelne abfragen, und die Auskünfte sind streng limitiert.

Fehlende Sorgfaltspflichten

Doch das ist noch nicht alles. Bei Immobilien- und Bodengeschäften fehlen Sorgfaltspflichten, wie sie für Bankgeschäfte im Rahmen der Weissgeldstrategie inzwischen Standard sind: Bankangestellte müssen der Herkunft des Geldes nachgehen und Verdachte auf Geldwäscherei melden. Wenn Immobilien oder Boden über Anwälte als Intermediäre die Besitzerin oder den Besitzer wechseln, gibt es keine solche Pflichten. Der Geschäftsführer von Transparency International Schweiz, Martin Hilti, wird daher nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Immobilienbranche ein Hochrisikosektor ist, was die Geldwäscherei betrifft. Und dass der Geltungsbereich des Geldwäschereigesetzes bei uns viel zu eng ist – wie in der EU müssten auch hier für alle, die in Immobilientransaktionen involviert sind, schon längst Sorgfaltspflichten gelten. Aber hierzulande wusste das die bürgerliche Anwaltslobby im Parlament bisher erfolgreich abzuwehren. So darf bei Geldwäschereiverdacht ganz legal weggeschaut werden. Auch ein Register für die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen fehlt bei uns – wer zu Immobilienfirmen recherchiert, tappt in Dunkelräumen. Kurz: In der Schweiz herrschen äusserst gute Bedingungen zum Investieren von Geld etwelcher Herkunft in Immobilien.

Bauen ist kein Allheilmittel

Das Nachsehen haben unter solchen Bedingungen und auch wenn alles legal zu- und hergeht, kaufinteressierte Private und Mieterinnen und Mieter, wenn das Haus, in dem sie wohnen (oder arbeiten), verkauft wird. Darunter sind viele, die systemrelevante Arbeit erbringen – in Altersheimen, Spitälern, Kitas, Kindergärten, dem Reinigungswesen etwa. Sie werden in den Städten



zunehmend verdrängt. Denn wenn Pensionskassen und Fonds, Versicherungen, Banken und Immobilienkonzerne Boden und Immobilien kaufen, reissen sie in der Regel die günstigen Wohnungen ab, um neue zu erstellen, die massiv mehr kosten werden – und in denen pro Person meist mehr Fläche bewohnt wird als zuvor. Deshalb ist «Mehr bauen!» kein Allheilmittel gegen die Bodenknappheit und die Wohnungskrise – oder anders gesagt: Mehr Häuser und mehr bauliche Verdichtung bedeuten nicht zwangsläufig mehr bezahlbaren Wohnraum und mehr Menschen auf dem knappen Boden. Wenn Immobilien und Boden nach Marktlogik verkauft werden, wie es inzwischen üblich ist, verteuern sich die darauf stehenden Immobilien und ihre Räume in den gegebenen Verhältnissen bereits rein aufgrund der Wertsteigerung des (knappen) Bodens massiv. In dieser Dynamik haben all jene das Nachsehen, die ihre bisherige Wohnung verlieren und eine neue brauchen. Glück haben diejenigen, die einst ein Haus kaufen oder erben konnten oder in einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft wohnen.

Mehr Zweitwohnungen, mehr Wohnfläche pro Person

Zwischen jenen, die eine Wohnung brauchen, und jenen, die ein Haus und Boden besitzen, tut sich dabei eine Art Schere auf. Sie zeigt sich in Statistiken, unter anderem zur Armut. Interessant sind auch Zahlen, die der Ökonom Frank Bodmer kürzlich im Auftrag der Pensionskasse Pensimo zusammengestellt hat. Er zeigt etwa auf, dass die Anzahl Wohnungen in der Schweiz zwischen den Jahren 1970 und 2020 um mehr als das Doppelte gestiegen ist (von 2,2 Millionen auf 4,6 Millionen). Gleichzeitig nahm die Bevölkerung im selben Zeitraum um weniger als die Hälfte zu. Es entstand also sozusagen ein Überschuss an Wohnungen. Und den-

noch hat sich die Wohnkrise verschärft. Wie kann das sein? Frank Bodmer kommt auf 15 Prozent respektive 700 000 Wohnungen in der Schweiz, die keine eigentlichen Haushalte sind. Also Wohnungen, die «an Personen ohne ständigen Wohnsitz vermietet» sind, kurz: Zweitwohnungen und Wohnungen, die leer stehen. Seit 1970 gab es hier eine deutliche Zunahme. Davon hört man seit der Einführung des Zweitwohnungsgesetzes kaum noch etwas.

Auch dazu nicht, dass die durchschnittliche Wohnfläche pro Person respektive Familie angesichts des Drucks auf den Boden ja eigentlich abnehmen müsste, aber genau das Gegenteil der Fall ist, wie Frank Bodmer schreibt: «Neben den pro Person vorhandenen Wohneinheiten erhöhte sich in den letzten Jahrzehnten auch die pro Person durchschnittlich beanspruchte Wohnfläche. Sie stieg von knapp 30 Quadratmetern im Jahr 1980 auf 46,3 Quadratmeter im Jahr 2020.» Zweitwohnungen sind da nicht mitgerechnet.

Verwurzelte müssen gehen - auch in den Bergen

Es wird also stetig und gross gebaut auf dem knappen Boden. Weil dabei aber offenbar oft Luxus- und Zweitwohnungen entstehen, nützt das der arbeitenden Bevölkerung und den Einheimischen wenig bis nichts, wie sich auch in den touristischen Regionen zeigt. Hier nimmt die Verdrängung analog zu den Städten ebenso ihren Lauf. Immer mehr Menschen leiden darunter, dass die Bodenpreise enorm gestiegen sind, sich Immobilienfirmen mit Renditeabsichten breitmachen und ihnen Leute, die sich die Zweit- oder Luxuswohnungen leisten können, den Wohnraum streitig machen. Im Engadin etwa mussten tief verwurzelte ältere Menschen kürzlich das Tal verlassen, weil ihr Mehrfamilienhaus leer gekündigt wurde. Und der weitem geschätzte Ju- >>>

»» gendarbeiter in St. Moritz fand, nachdem ihm wegen Eigenbedarfs gekündigt worden war, nichts Bezahlbares zum Wohnen – er zog deshalb zurück ins Unterland.

Aktuelle Gesetzesanpassungen verschärfen diesen Trend: Soeben weichte der Nationalrat das Zweitwohnungsgesetz zusätzlich auf. Künftig dürfen altrechtliche Häuser nach ihrem Abriss erweitert werden, und die Hälfte des neu entstandenen, grösseren Wohnraums darf zu Zweitwohnungszwecken auf den Markt gelangen – man schafft einen Anreiz mehr, bestehende günstige Wohnungen abzureissen.

Gesetzesanpassungen wider die Nachhaltigkeit

In der Schweiz geniesst das Eigentum beinahe einen Heiligenstatus, Bodeneigentum allem voran (anders etwa in Deutschland, wo Eigentum auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen muss). Das zeigen weitere Entscheide, die kürzlich in Bundesbern gefällt wurden: Neben dem Zweitwohnungsgesetz wurde auch das Raumplanungsgesetz aufgeweicht. Wollte die Landschaftsinitiative eine klare Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet erreichen, beschloss das Parlament in der Herbstsession genau das Gegenteil, sagt Umweltrechtsspezialist Heribert Rausch, Mitinitiant der Initiative: Bauen im Nichtbaugebiet wurde soeben offiziell ermöglicht. Und die Landschaftsinitiative wurde – zum Ärger von Rausch und einer Minderheit des Trägervereins – dennoch zurückgezogen. Ferner passte das Parlament das Mietrecht zugunsten der Eigentümerinnen und Eigentümer an. Letztere dürfen nun einfacher Eigenbedarf anmelden und die Mieterinnen und Mieter rauswerfen. Und sie können mit der strengeren Handhabung bei der Untermiete nachhaltige gemeinschaftliche Wohnformen jeder Art verhindern.

Doch zurück zum Boden und einem Aspekt, der hier nicht vergessen gehen darf: Dem Boden eigen ist, dass wer ihn besitzt, ohne eigenes Zutun hohe Gewinne machen kann. Man spricht auch von Bodenrente. Der Gewinn ergibt sich zum einen, weil der Wert des Bodens aufgrund von Knappheit und Nachfrage steigt – aber auch, weil die Allgemeinheit dazu beiträgt, den Boden wertvoller zu machen: Mit seiner Erschliessung und mit Dienstleistungen wie Schulen und Sporteinrichtungen. Die «Republik» spricht von einer «unsichtbaren Milliardenverteilung» über den Bodenbesitz. Von unten nach oben, von Mietenden zu Besitzenden, also von denen, die arbeiten, zu denen, die Kapital haben. Die Mietzinsen hätten wegen der sinkenden Zinsen auf Hypotheken in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich runtergehen müssen. Aber dem war nicht so: Die Mieten blieben dort, wo sich Mieterinnen und Mieter nicht wehrten, oft gleich hoch und wurden bei Wechseln unverfroren erhöht. Der Ökonom Frank Bodmer sagt: «Die letzten zwanzig Jahre waren für die Eigentümer von Immobilien sehr gute Jahre.»

Boden lohnt sich immer

Gemäss SP-Nationalrätin Jacqueline Badran lohnt sich der Kauf von Boden auf längere Sicht immer. Die Ökonomin und Unternehmerin appelliert an die Politik und insbesondere an Gemeinden, wenn immer möglich Grundstücke und Immobilien zu kaufen. Mieten würden so stabil und auf Dauer tief bleiben. Schon vor zehn Jahren erkannte die SP des Kantons Zürich die Probleme der Bodenknappheit und die beim Boden zunehmende Umverteilung von unten nach oben. Die Partei verlangte ein stärkeres Engagement der Gemeinden für den gemeinnützigen Wohnungsbau, auch die Idee eines Vorkaufsrechts formulierte sie schon damals. Inzwischen hat Lausanne dies realisiert, weitere Städte sind auf dem Weg dazu. In Zürich haben die Stimmberechtigten jüngst auch mehr Geld für den Kauf von Immobilien gesprochen.

Zudem gibt es nach wie vor Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien, denen Nachhaltigkeit auf ihrem Boden und in ihren Gebäuden wichtig ist, auch nach einem Verkauf. Die beim Preis also nicht den Empfehlungen des rein marktorientierten Hauseigentümerverbandes folgen, sondern ganzheitlicheren Überlegungen. So auch der Treuhänder, der die Aufgabe hatte, das Haus, in dem meine Kollegen arbeiten, zu verkaufen. Er gab es ihnen zu dem Preis, den sie als angemessen errechnet hatten – dieser stimmte ziemlich genau mit der Schätzung der Bank überein. Beim Preis nach Marktlogik hätten sie die Mieten so hoch ansetzen müssen, dass sie selbst nicht mehr dort hätten arbeiten können. •

Exklusiv
auf
moneta.ch

«Seit man Gemüse produziert, wässert man»

Von Roland Fischer

In der Schweiz nehmen im Sommer die Anzahl Hitzetage zu und die Niederschlagsmenge nimmt ab. Es wird also immer trockener, das Wasser knapp. Was das für die Landwirtschaft bedeutet, hat im Kanton Aargau ein Pilotprojekt untersucht und gezeigt: Für eine klimaresiliente Landwirtschaft braucht es mehr als neue Bewässerungsstrategien.

Jetzt lesen:
moneta.ch/knappheit-wasser



Unnötig knausriger Staat

Öffentliches Geld ist in der Schweiz knapp, vor allem wenn es um Sozialausgaben geht. Ein Grund dafür ist das ökonomische Prinzip, dass das Staatsdefizit aus Gründen der Stabilität möglichst klein bleiben sollte. Für die Vertreterinnen und Vertreter der Modern Monetary Theory ist dies allerdings ein «Mythos».

Text: Mascha Madörin

«Weshalb werden private finanzielle Institutionen mit öffentlichen Geldern unterstützt, während öffentliche Institutionen finanziell ausgehungert oder privatisiert werden? (...) Weshalb gab es öffentliche Gelder für Banken und keine für Menschen?» Das fragte die britische Soziologin Mary Mellor nach der Finanzkrise von 2008/2009 in ihrem Buch «Debt or Democracy». Ihre Fragen sind heute aktueller denn je – gerade in der Schweiz, wo der Bund die Credit Suisse mit Milliarden

von Franken retten kann und gleichzeitig bei vielen Sozialausgaben sparen will.

Je nach Wirtschaftstheorie lauten die Antworten auf Mary Mellors Fragen anders:

Antwort 1 Es muss so sein. Ein von Staatsinterventionen unbehelligter Markt wird am schnellsten aus der Krise führen. Umso besser, wenn an Sozialausgaben gespart wird.

Antwort 2 Weil es in Krisenzeiten schwierig ist, beides zu tun: Zur Bekämpfung einer Krise braucht es zwar mehr Staatsausgaben, primär zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Stabilisierung des Finanzsystems sowie kurzfristig allenfalls, um die schlimmsten sozialen Auswirkungen abzumildern. Aber die dadurch entstehende Staatsverschuldung muss in «guten Jahren» wieder abgebaut werden.

Antwort 3 Es ist beides möglich. Ob es ökonomisch vernünftig ist, hängt nicht von der Höhe der Staatsverschuldung ab, sondern von den vorhandenen realen ökonomischen Ressourcen. >>>

»» Die erste Antwort entspricht ultraneoliberalen Ansätzen, die zweite der Mainstream-Ökonomie und die dritte der Modern Monetary Theory (moderne Geldtheorie), kurz MMT.

Ein Staatshaushalt funktioniert nicht gleich wie ein Privathaushalt

In Budgetdebatten des schweizerischen Parlaments und in den Medien werden meistens nur Antwort 1 sowie Varianten von Antwort 2 kontrovers diskutiert. Beide beruhen auf der Annahme, dass es zuerst Wirtschaftswachstum brauche, damit Staatseinnahmen (Steuern!) für Sozialausgaben übrig bleiben. In dieser Sichtweise kann der Staat – ähnlich wie ein privater Haushalt – auf die Dauer nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Das heisst, wenn er mehr Sozialausgaben tätigen will, muss er für höhere Steuereinnahmen sorgen. Ausgehend von diesem Prinzip, ist seit Dezember 2001 die sogenannte Schuldenbremse für die Bundesfinanzen in der Verfassung verankert. Vertreterinnen und Vertreter der MMT wie beispielsweise die US-amerikanische Ökonomin Stephanie Kelton lehnen dieses ökonomische Prinzip kategorisch ab und sprechen in diesem Zusammenhang von einem «Defizit-Mythos». Gemäss MMT wirkt es nicht per se stabilisierend, wenn man das Staatsdefizit möglichst klein hält. Denn ein Staatshaushalt funktioniert ganz anders als ein Privathaushalt. Warum?

Die Souveränität der zentralen Regierung, sich zu finanzieren

Vereinfacht gesagt, geht die Modern Monetary Theory davon aus, dass Staaten mit eigener Währung via ihre Zentralbanken selbst Geld schöpfen und damit auch ihre Ausgaben und die eigenen Schuldendienste bedienen können. Die Voraussetzung für diese Möglichkeit ist einerseits das Monopol der Zentralbanken auf der Herausgabe der nationalen Währung und andererseits die endgültige Ablösung des internationalen Währungssystems von einer Bindung an den Dollar-Gold-Standard, wie er bis 1971 galt (sogenanntes Bretton-Woods-System). Gemäss MMT wird heute auf zwei Arten Geld geschöpft: erstens via Zentralbanken und zweitens in weitaus grösserem Umfang via Kredite für Private, vor allem von Banken, für deren Zahlungsfähigkeit die Zentralbanken aber letztlich garantieren müssen (beispielsweise wenn sie Geld schöpfen, um Banken zu retten). Davon ausgehend sind zwei Theoriestränge entstanden: MMT-Theoretikerinnen und -theoretiker wie Stephanie Kelton befassen sich mit der Ökonomik der Staatsfinanzen. Ihre Analysen der Zusammenhänge zwischen Staatsausgaben und Steuereinnahmen, Inflation und Beschäftigung unterscheiden sich grundlegend von denjenigen der Mainstream-Ökonomie. Andere der MMT nahestehende Ökonominen und Ökonomen analysieren die Dynamiken und Krisenhaftigkeit des privaten Finanzsektors. Von diesem zweiten Aspekt der modernen Geldtheorie soll hier nicht die Rede sein.

Entscheidend sind die realen ökonomischen Ressourcen

Neben dem kapitalistischen Markt gibt es in einer geldgesteuerten Wirtschaft in ökonomisch weit entwickelten Ländern einen riesigen Bereich, der von staatlichen Ausgaben geprägt ist. Diese werden vor allem für öffentliche Investitionen verwendet, für die Grundversorgung, Sozialversicherungen und Subventionen. Nicht zuletzt geht es dabei um die Finanzierung des sogenannten Care-Sektors. Denn dessen personenbezogene Dienstleistungen sind zeitaufwendig und rechnen sich privatwirtschaftlich nicht, solange adäquate Löhne bezahlt werden. Trotzdem müssen diese Leistungen erbracht werden, wenn eine Grundversorgung für alle gewährleistet sein soll.

In den vorherrschenden ökonomischen Vorstellungen (Theorie 2) ist wie oben erläutert eine fatale Limitierung der Staatsausgaben eingebaut (Schuldenbremse), die immer wieder als Begründung für die Verknappung

Weiterführende Literatur



Mary Mellor, **Debt or Democracy: Public Money for Sustainability and Social Justice**, Pluto Press, 2016. (in Englisch)

Mirjam Aggeler, Therese Wüthrich, **Von Realitäten, Defiziten und Mythen: Keltons Modern Monetary Theory feministisch gelesen**. In: *Widerspruch* 77/21, S. 65–69.

bit.ly/realitaeten-defizite-mythen



Stephanie Kelton, **Der Defizit-Mythos: Die Modern Monetary Theory und die Gestaltung einer besseren Wirtschaft**, Lola Books, 2021.

Mascha Madörin: **Vieles bleibt zu klären: Überlegungen zu MMT und feministischer Ökonomie**. In: *Widerspruch* 77/21, S. 51–75.

bit.ly/vieles-klaeren

Economiefeministe (2023): **Faktenblätter zur Einkommenslücke** (economiefeministe.ch).

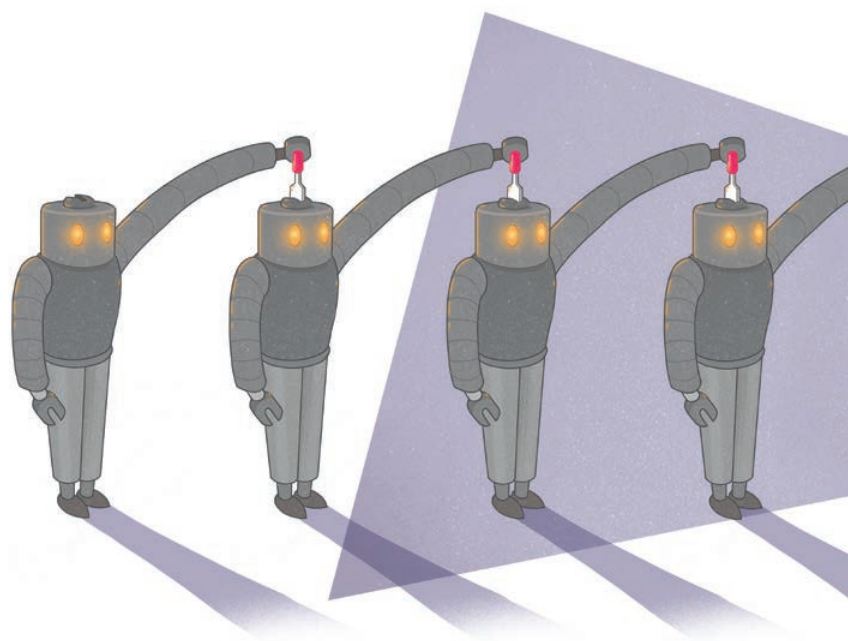
bit.ly/fakten-einkommen

von Sozialausgaben dient. Dies ist aus Sicht der MMT wissenschaftlich nicht haltbar: Es ist die Zentralbank, die das Geld für Staatsausgaben (bei uns: des Bundes) aus dem Nichts zur Verfügung stellt – sogenanntes Fiat-Geld – respektive via öffentlich aufgelegte Anleihen garantiert. Der Staat kann gesellschaftlich wichtige Ausgaben tätigen, solange die entsprechenden realen ökonomischen Ressourcen dafür vorhanden sind oder die reale Kaufkraft erhalten werden muss. Das heisst, solange mit dem geschöpften Geld mehr produziert und geleistet werden kann, wirken die erhöhten Staatsausgaben gemäss MMT nicht destabilisierend. Besteht hingegen eine Inflationsgefahr, weil die Kaufkraft zu hoch wird, lässt sich dieser mit einer Steuererhöhung begegnen (beispielsweise mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer). Aber nur dann. Steuern haben gemäss MMT eine andere wichtige ökonomische Funktion: nämlich für die Einkommens- und Vermögensverteilung.

Knausrige Schweiz – auf Kosten von Frauen

Aus feministischer Sicht ist ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel dringend notwendig. Denn die aktuelle staatliche Budgetpolitik führt zu einer chronischen Unterfinanzierung der Care-Ökonomie – mit gravierenden Folgen für die Einkommens- und Rentensituation von Frauen. Im Jahr 2018 erzielten die in der Schweiz wohnhaften Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren rund 100 Milliarden Franken weniger Bruttoeinkommen durch Erwerbsarbeit als Männer. Entsprechend fehlen diese Milliardenbeträge auch bei den Rentenansprüchen von Frauen. Nur etwas mehr als 20 Prozent dieser riesigen Einkommenslücke sind auf die Lohnlücke (Gender Pay Gap) zurückzuführen, knapp 80 Prozent haben mit Staatsfinanzen zu tun – nicht zuletzt mit der Unterfinanzierung des Care-Sektors. Und Frauen sind davon besonders stark betroffen, weil sie überdurchschnittlich viel schlecht bezahlte und unbezahlte Arbeit in der Care-Ökonomie leisten. Es kann nicht genug betont werden: Im europäischen Vergleich gehen die Schweizer Politikerinnen und Politiker sehr knauserig mit Staatsfinanzen um, wenn es darum geht, Frauen von ihrer unbezahlten Arbeit zu entlasten, sie teilweise zu bezahlen und die bezahlte Care-Arbeit adäquat zu entlohnen. Zum Vergleich: Die geschlechtsspezifische Einkommenslücke von 100 Milliarden Franken in der Schweiz entsprach 41 Prozent aller Staatsausgaben (von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen), in Schweden waren es nur zwölf und in Frankreich zehn Prozent!

Die aktuellen Debatten zu den Kosten des Gesundheitswesens und zu den Subventionen für Kindertagesstätten lassen befürchten, dass wie bis anhin an der Care-Ökonomie und damit auf Kosten der Frauen gespart werden wird, legitimiert mit dem ökonomisch nicht haltbaren, aber politisch notorisch überzeugenden Argument, dass aus Prinzip Staatsdefizite vermieden werden müssten. Schliesslich müsse der Staat auch viel in den ökologischen Umbau investieren ... Aus Sicht der Modern Monetary Theory wäre beides möglich. •

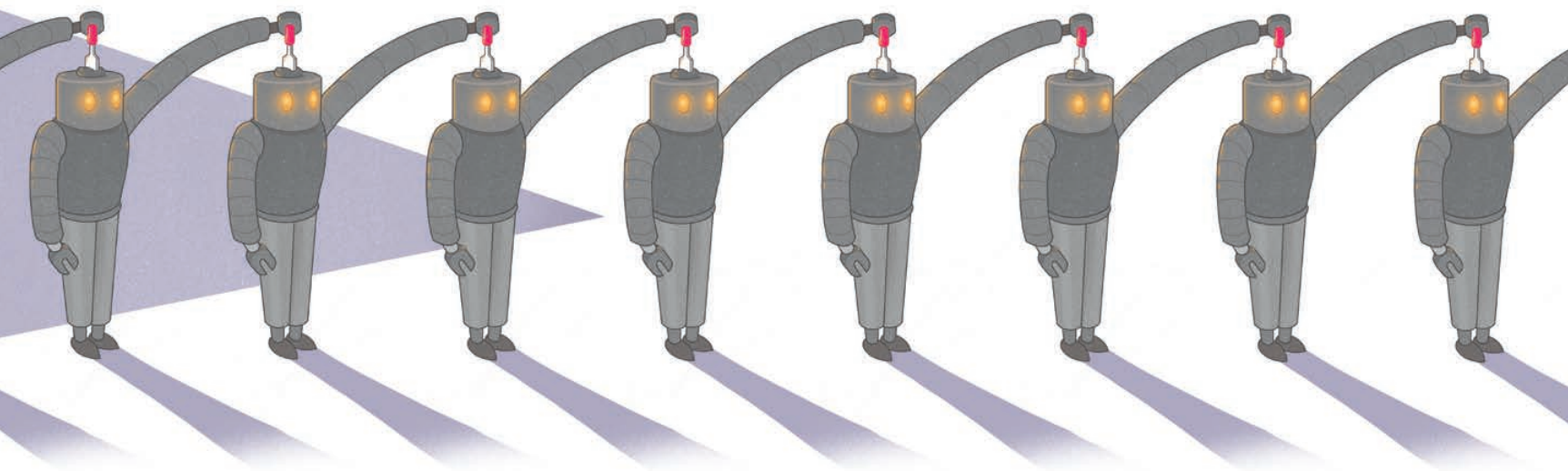


Die praktisch unbegrenzte (Re-)Produzierbarkeit

Steuern wir dank Überfluss-Technologien auf eine Postknappheit-Zukunft zu? Würde in einer solchen Zukunft die Wirtschaft noch funktionieren? Denn: Wenn alles unbegrenzt vorhanden wäre, würde sich ja nichts mehr bepreisen und nichts mehr verkaufen lassen – oder etwa doch? Text: Roland Fischer

Die Gegend im Schlaraffenland / ist faulen Leuten wol bekandt / redlich ohn allen Schaden / darinnen seynd die Häuser gedeckt / mit eytel gut Eyerfladen.

Das erste Mal von Hans Sachs im Mittelalter besungen, gibt es das Motiv des Schlaraffenlands bereits seit der Antike. Ein Land des Überflusses, meist als Parodie des Paradieses gezeichnet, wo Faulheit und Völlerei herrschen. Man merkt da schon, so ein paradiesischer Zustand ohne Knappheit macht uns misstrauisch. Daran muss doch etwas faul sein? So ein Land kann es nur in unserer bequemen Fantasie geben? >>>



»» **Science-Fiction-Schlaraffenland**

Das Motiv hat unlängst ein Update bekommen, im Genre der Science-Fiction. Hier wird es gern als «post-scarcity worlds» bezeichnet, Postknappheit-Welten. Die Zukünfte, die da imaginiert werden, sind voller Technologien wie automatisierter Fertigung, mit dem Potenzial, alles im Überfluss zu produzieren – solange genügend Rohstoffe und Energie vorhanden sind, versteht sich. Gern gebracht als Überfluss-Technologie: 3-D-Printing. Vorreiter in diesem Bereich ist Adrian Bowyer, Erfinder des 3-D-Druckers Reprap, der weitere Exemplare von sich selbst herstellen kann. Bowyer meint, dass der Preis für solche Drucker gegen null sinken wird, weil alle, die einen besitzen, diesen unendlich reproduzieren und auf den Markt bringen können.

Und wo kommen die Rohstoffe her? Aus dem Weltraum, natürlich. Der Rohstoffabbau auf Asteroiden – kürzlich noch reines Science-Fiction-Motiv – wird von diversen Start-ups vorangetrieben. Zwar noch nicht gewinnträchtig, aber die Aussichten sind verlockend. So enthält etwa «(16) Psyche», ein massiver Asteroid, genug Eisen und Nickel, um unseren Bedarf für geschätzte Millionen von Jahren zu decken. Wie soll da je wieder etwas knapp werden?

Copyright vs. Copyright-los

Soweit die Science-Fiction-Visionen – in denen übrigens getreu dem Schlaraffenland-Motiv oft uneindeutig bleibt, wie lebenswert solche Paradiese wirklich sind. Man muss aber nicht in die Zukunft reisen, um

Post-Scarcity anzutreffen. Im Digitalen leben wir schon jetzt in dieser seltsamen Realität der fast unbegrenzten (Re-)Produzierbarkeit. Und sie sorgt für entsprechenden ökonomischen Aufruhr. Seien es Texte, Musikstücke, Filme: Seit diese nicht mehr in erster Linie «Dinge» (das heisst CDs, Bücher, Videokassetten) sind, lassen sie sich mühelos kopieren. Und weil das kaum zu kontrollieren ist, geht ihr Preis gegen null. Die Verfechter dieser neuen, Copyright-losen Welt argumentieren daher, dass die Versuche, die alten Verwertungssysteme aufrechtzuerhalten, darauf hinauslaufen, eine künstliche Knappheit herzustellen, wo keine herrschen dürfte. Und also verzweifelt an einem Paradigma festzuhalten, das wir unweigerlich hinter uns lassen. Jene, die die Rechte besitzen, sehen das natürlich anders – sie halten gern daran fest, dass Kunst sich als Produkt verkaufen lässt, umso besser, je rarer sie ist.

Grenzenlose Kommodifizierung

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts gilt in der Wirtschaft: Was unbegrenzt vorhanden ist, lässt sich nicht bepreisen und somit nicht verkaufen – und ist insofern gar nicht Teil der Ökonomie. Diesen Grundsatz kann man selbstverständlich auch umdrehen: Was es im Überfluss gibt, muss rar gemacht werden, um sich damit reich zu verdienen. Beim Mineralwasser hat dies funktioniert. Kann man das mit allem machen? Auch mit – Luft? Nein, denkt man, es gibt Grenzen der Kommodifizierung. Luft gehört allen und es gibt so viel davon, dass doch niemand ...? Man ahnt es schon: «Your favourite Air – in a bottle. We took Rocky Mountain air and put it in a bottle, just for you.» Die zu dem Claim gehörende Website wirkt wie eine Parodie, ist aber echt. Auf vitalityair.com kann man Luft in Büchsen kaufen, zu stolzen Preisen. Was natürlich nur geht, wenn gesunde, saubere Luft knapp wird. Umweltverschmutzung als Steigbügelhalter des Knappheitsparadigmas – willkommen im «Late Capitalism». •

Was es im Überfluss gibt, muss rar gemacht werden, um sich damit reich zu verdienen. Beim Mineralwasser hat dies funktioniert.

Der Begriff Knappheit hat in den politischen und gesellschaftlichen Debatten in unseren Breitengraden Konjunktur. Der Kulturwissenschaftler Markus Tauschek findet es wichtig, dass wir darüber nachdenken, wie wir über Knappheit sprechen, und auch darüber, wie der Begriff instrumentalisiert wird. Interview: Roland Fischer

«Ich wäre vorsichtig, das Zeitalter der Knappheit auszurufen»

moneta: Herr Tauschek, Sie haben ein Buch aus kulturwissenschaftlicher Perspektive zu «Knappheit, Mangel, Überfluss» herausgegeben. Da geht es auch um die Dekonstruktion und historische Einordnung unserer Idee von Knappheit. Läuft das auf die Feststellung hinaus, ob etwas knapp ist oder nicht, sei immer relativ?

Markus Tauschek Nein, so radikal meine ich das nicht. Tatsächlich gibt es Zustände von Knappheit, die man nicht wegdekonstruieren kann. Viele Menschen erleben Knappheit ganz konkret, das gilt gerade jetzt wieder. Es wäre zynisch, diesen Menschen erklären zu wollen, dass Knappheit nur eine Frage der Perspektive sei.

Was zeigt denn ein kulturhistorischer Blick?

Der kann uns helfen, die Kontexte von Knappheit besser zu verstehen. Es gibt viele historische Beispiele von Waren, deren Knappheit sich erst durch den Bedarf ergibt. Auch bei Gold wurde diese Knappheit erst allmählich «hergestellt», weil das Metall immer begehrter wurde. Oder nehmen wir ein aktuelleres Beispiel, die seltenen Erden – die sind zwar, wie es der Name schon sagt, nicht in grossen Mengen verfügbar, aber knapp im eigentlichen Sinn sind sie erst, seit wir sie zur Herstellung von elektronischen Bauteilen benötigen.

In Ihrem Vorwort schreiben Sie, Vorstellungen von Knappheit oder Begrenztheit seien «das Ergebnis komplexer, von Machtverhältnissen durchzogener Aushandlungs-

prozesse». Wie meinen Sie das genau? Was wird da von wem ausgehandelt?

Ein gutes Beispiel ist vielleicht der öffentliche Raum in unseren Innenstädten. Der wird ja von vielen Menschen als knappes Gut verstanden, weil wir nicht alle gleichermassen darüber verfügen können. Er ist aber unter anderem nur deshalb knapp, weil viele Städte nach wie vor den Individualverkehr privilegieren und weil viel Raum für parkende Autos genutzt wird. Wir beobachten da ja gerade ein langsames Umdenken, eine Neugestaltung des städtischen Zusammenlebens. Wenn neue Nutzungsarten eingeführt werden, wird dann eben umgekehrt der Parkraum knapp. Wessen Bedürfnisse dabei gehört werden, ist das Ergebnis zum Teil konfliktreicher, immer aber machtvoller Aushandlungsprozesse.

Sie stellen die Idee Knappheit ja ohnehin immer in einen grösseren Zusammenhang. Auch die Vorstellung von «Nachhaltigkeit» ist damit eng gekoppelt?

Ja, die Vorstellung eines nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen gibt es ja gar noch nicht so lange. Und es ist ein Konzept, das mit unserer westlichen Vorstellungswelt verbunden ist, mit unserer Art des ökonomischen Denkens. Es auf andere Kulturen überzustülpen, kann problematisch sein.

Zum Beispiel?

Ich erinnere mich an einen Dokumentarfilm auf Arte über die Insel Sokotra im nordwestlichen Indischen Ozean. Der Film zeigt Praktiken der Subsistenzwirtschaft, die sich über lange Zeiträume entwickelt haben, >>>



Foto: zvg

Der Ethnologe und Volkskundler **Markus Tauschek** ist Professor für Europäische Ethnologie am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Freiburg im Breisgau. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die populäre Kultur sowie die Traditionskultur in der Spätmoderne, Wettbewerb und Konkurrenz (Leistungs- und Erfolgsgeschichte, Optimierungspraktiken) und die politische Anthropologie (Energiewende, Kulturpolitik).

»» in der Reaktion auf Klimabedingungen oder auf das Vorkommen überlebensnotwendiger Rohstoffe – etwa Salz, das die Fischer gewinnen und bei den Ziegenhirten gegen Butterschmalz eintauschen. Der Film zeigt, wie die lokalen Fischer die alte Regel, vier Tage vor und vier Tage nach Vollmond nur mit Haken zu fischen, um die Schwärme nicht zu vertreiben, kaum noch einhalten können, weil die Konkurrenz moderner Fischereimethoden wächst. Indem die Filmemacher solche Praktiken heute als nachhaltig und ressourcenschonend bezeichnen, übertragen sie ein westlich-europäisches Konzept auf einen davon historisch zu unterscheidenden kulturellen Kontext. Dieses Konzept ist zudem immens ideologisch aufgeladen.

Sie würden diese traditionelle Lebensweise nicht als «nachhaltig» bezeichnen?

Man kann mir an dieser Stelle vielleicht ein wenig Begriffsfetischismus vorwerfen, aber ich glaube tatsächlich, dass der Begriff nicht taugt. Ich würde sagen, auf Sokotra ist ein Erfahrungswissen vorhanden, wie die Lebensgrundlagen so bewirtschaftet werden müssen, dass sie erhalten bleiben. Wir bezeichnen das heute als nachhaltig. Ob die lokale Bevölkerung auf Sokotra je eine Vorstellung von «Knappheit» hatte, wie sie unsere ökonomischen Diskurse heute beherrscht, müsste man erst einmal noch genauer untersuchen.

«Knappheit» oder «Nachhaltigkeit» können also auch Chiffren sein?

Ja, ich denke es lohnt sich, über die Art und Weise nachzudenken, wie wir über Knappheit sprechen – und über die Art, wie der Begriff auch instrumentalisiert wird. Wir sollten aus kulturwissenschaftlicher Sicht jedenfalls einmal ganz genau hinschauen, wie unsere Vorstellungen von Knappheit entstehen. Und natürlich auch: welche Rolle der Begriff in der Politik spielt.

Gern noch ein konkretes Beispiel dazu.

Man kann das ganz gut am Beispiel des Fachkräftemangels zeigen. Auch hier gilt, dass man es nicht wegdiskutieren kann, wenn der Bäcker um die Ecke am Freitag geschlossen hat, weil er keine Verkäufer oder Verkäuferinnen mehr findet. Die Machtverhältnisse und Aushandlungsprozesse sieht man dann aber, wenn es darum geht, etwa im politischen Feld die Ursachen dafür zu benennen oder Lösungen zu finden. In Deutschland findet diese Debatte ja gerade auch im Kontext des Migrationsdiskurses statt. Um Macht geht es auch, wenn etwa im öffentlichen Diskurs aus meiner Sicht nur selten über Arbeitsbedingungen gesprochen wird, die ja auch eine von vielen Ursachen sind, warum in bestimmten Berufsfeldern kaum noch Menschen arbeiten möchten. Knappheit ist also immer auch eingebettet in bestimmte politische oder wirtschaftliche Diskurse. Wenn Läden geschlossen werden, weil das Personal fehlt, fragt in der Politik kaum jemand, ob diese Menschen vielleicht zu wenig verdienen oder die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind. Wie diese Diagnose des «Mangels» in Politik übersetzt wird, widerspiegelt letztlich normative Vorstellungen der Gesellschaft.



Übrigens, wo wir schon genau hinschauen, sprachlich: Wo verläuft eigentlich die Begriffsgrenze zwischen Mangel und Knappheit?

Beide Begriffe sind sicherlich eng miteinander verwandt: Es geht immer um Ressourcen, die als begrenzt gelten – saubere Luft, Erdgas und so weiter. Kulturwissenschaftlich ist dabei relevant, dass es hier immer um globale Ungleichheit geht. Denn in den sogenannten westlichen Industrienationen sind wir mit ganz anderen Knappheiten und Mangelsituationen konfrontiert als in Ländern des globalen Südens. Und auch lebensweltlich gibt es hier ja enorme Unterschiede. Knappheit und Mangel haben immer auch mit Klassendifferenzen zu tun.

Eines ist sicher: Die Begriffe haben in der gesellschaftlichen und politischen Debatte derzeit Konjunktur. Es ist ja eigentlich seltsam: Wir leben in einer Zeit des Überflusses, aber man hat dennoch das Gefühl, dass wir vor allem in Kategorien der Knappheit denken und sprechen. Zeit ist knapp, Rohstoffe werden knapp, das CO₂-Budget der Erde geht zur Neige.

Auch wenn der Begriff Konjunktur hat – ich wäre auf jeden Fall dennoch vorsichtig, das jetzige zu einem Zeitalter der Knappheit auszurufen. Ich würde sagen: Beides ist irgendwie richtig. Dass wir in einer Überflussgesellschaft leben, trifft zwar zu, aber eben auch nur für Teile der Gesellschaft.

Haben Sie eine Erklärung für dieses Durcheinander?

Das hat auf jeden Fall mit der aktuellen Situation der Vielfachkrisen zu tun. Die Menschen erfahren diese ganz konkret in ihrer eigenen Lebensrealität. Und zwar einerseits im Hinblick auf Dinge, die zur Neige gehen, und andererseits als Forderung, weniger zu konsumieren, den Überfluss zu bremsen. Wir befinden uns nun einmal im Anthropozän: der geologischen Ära, in der sich der prägende Einfluss der Menschen auf die Erde zu zeigen beginnt. Die Klimakrise lässt sich nicht mehr wegdiskutieren, wenn wir konstant vor Augen geführt bekommen, wie zum Beispiel Bäche austrocknen.

Wobei gerade der Klimawandel ja nicht direkt an eine Vorstellung von Knappheit gebunden ist?

Indirekt schon, würde ich sagen: nämlich durch das Bewusstsein, dass unser übermässiger Konsum auf Kosten anderer geht.

Mit anderen Worten: Wir haben es hier eigentlich mit Verteilungsfragen zu tun.

Auf jeden Fall. Es geht ja ganz allgemein darum, dass wir in den Ländern des globalen Nordens unseren Lebensstil ändern müssen. Und damit verbunden ist immer die Frage, wie wir Ressourcen am gerechtes-

ten verteilen. All diese Fragen sind in hohem Masse politisch.

Nochmals einen Blick zurück: Die Vorstellung gibt es ja schon lange, dass es über kurz oder lang eng wird mit den Ressourcen, das wurde ja schon mit Malthus gross und seiner Diagnose, dass die Ressourcen mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten können. Haben wir es hier vielleicht mit einer menschlichen Ur-Erfahrung zu tun: der Angst, dass es bald nicht mehr reicht?

Dieser Idee mag ich mich als Kulturwissenschaftler eher nicht anschliessen – als gäbe es so etwas wie anthropologische Konstanten. Das wäre ein zutiefst ahistorisches Denken, und es würde dem Menschen letztlich auch die Fähigkeit absprechen, Dinge neu einzuordnen und auf eine Transformation hinzuwirken.

Sie glauben also an diese Transformation, an einen Ausweg aus der Knappheitsspirale?

Das würde ich mir wünschen, aber mein kulturwissenschaftlicher Hintergrund macht mich da auch ein wenig pessimistisch. Ich weiss nun mal: Strukturen haben unheimliche Beharrungskräfte. Wir tun uns schwer, Dinge anders zu denken und damit zu ändern.

Und mit Strukturen meinen Sie: das kapitalistische Wirtschaftssystem?

Ja. Ich halte es für gar nicht so abwegig, vom Kapitalozän statt vom Anthropozän zu sprechen, wie es auch schon vorgeschlagen wurde. Und in dem könnten wir durchaus noch eine Weile verharren. •

Exklusiv
auf
moneta.ch

«Ich bevorzuge die Idee einer intelligenten Selbstbegrenzung»

Von Simon Rindlisbacher

In einer Welt, in der alles immer knapper zu werden scheint, ist es für den Ökonomen Christian Arnspurger an der Zeit, Wohlstand neu zu definieren. Im Interview plädiert er für Suffizienz, die sowohl für Individuen als auch für Unternehmen funktioniert. Unter der Bedingung, dass es gelinge, unsere Angst vor Knappheit zu überwinden.

Jetzt lesen:

moneta.ch/knappheit-suffizienz

Steigen die Preise, leidet die Freiheit



Wird alles teurer wie momentan in der Schweiz, spürt das eine Gruppe von Menschen besonders: jene, die nahe der Armutsgrenze leben. Ihr sowieso schon knappes Budget reicht, wenn überhaupt, nur noch für das Nötigste. Viele verzichten trotzdem auf staatliche Unterstützung und halten stattdessen die Einschränkungen

aus. Text: Sara Winter Sayilir

Fragt man einen Ökonomen wie Carlo Knöpfel nach Knappheit, umreisst er diese wie folgt: Wenn von etwas zu wenig da ist, steigen die Preise, wenn es etwas im Überfluss gibt, dann sinken sie. Knöpfel ist Dozent an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz. Er sagt auch: Teuerung kann ein Ausdruck von Knappheit sein, muss aber nicht. Beispielsweise hätten die steigenden Energiepreise wenig mit Knappheiten zu tun; dies seien vor allem politische Setzungen. Zudem nützten einige Unternehmen die Gunst der Stunde und erhöhten ihre Preise, weil sie davon ausgehen würden, dass sie diese am Markt durchsetzen könnten.

Sicher ist jedoch: Steigen die Preise zu sehr, bringt dies Menschen mit geringen Einkommen in Bedrängnis. Sie können sich plötzlich hier etwas nicht mehr leisten und müssen dort Abstriche machen. «Viele Kinder gehen in die Kita, doch für mich und meine drei Kinder ist das zu teuer. Der älteste Sohn stellt viele Fragen: Mama, wieso hast du das nicht? Wieso, Mama, habe ich dies nicht? Die Kinder denken, es wäre meine Schuld, dass wir mit so wenig leben. Später werden sie es hoffentlich verstehen.» Senait Tesfaye ist 33 und heisst in Wirklichkeit anders. Sie bezieht Sozialhilfe und verkauft das Strassenmagazin «Surprise». Knappheit für sie bedeutet: Die Preise steigen, und ihre Bewegungsfreiheit wird noch geringer.

Fast zwei Millionen betroffen oder bedroht

8,7 Prozent der Bevölkerung leben in der Schweiz unter der Armutsgrenze, sagt das Bundesamt für Statistik. Das sind 745 000 Menschen. 1 244 000 Menschen sind zudem von Armut bedroht. Jede minimale Veränderung bei Einnahmen oder Ausgaben kann für sie das sogenannte Abrutschen unter die Armutsgrenze bedeuten.

Senait Tesfaye steht hier stellvertretend für andere, die unter ähnlichen Bedingungen leben, dabei ist sie viel mehr als nur eine Armutsbetroffene. Senait Tesfaye ist auch eine gute Freundin für ihre Kolleginnen, eine Mutter, eine Überlebende schlimmer Erlebnisse auf der Flucht, und sie ist dankbar für ihre Sicherheit in der Schweiz. Psychisch geht es ihr nicht so gut, auch weil sie hier erstmals über das Erlebte nachdenken kann. Dabei ist sie eine warmherzige Person, mit der man gern lacht. Senait Tesfaye hat keine Möglichkeit, sich dafür einzusetzen, dass es Menschen wie ihr besser geht. Dafür ist das tägliche Leben viel zu anstrengend, der Raum im Kopf gar nicht da. Auch eine Nebenwirkung von Armut. Nur wenige können sich vorstellen, dass ein anderes Leben möglich wäre. Dass sie eine Stimme haben, die gehört werden könnte.

Geldsorgen auch knapp oberhalb der Armutsgrenze

Die Armutsgrenze, die in der Statistik arme von nicht armen Personen trennt, ist gewissermassen willkürlich. Bis heute gebe es keine breit anerkannte wissenschaftliche Methode zur Bestimmung, sagt Sozial-

wissenschaftler Carlo Knöpfel. Zwar steckt dahinter ein vielfach ausgehandeltes und durchdiskutiertes Berechnungssystem, mit dem die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS, die Summe von Grundbedarf, Miete, Krankenkassenprämie und situationsbedingten Leistungen ermittelt. Auf dieser Summe basieren die Empfehlungen der SKOS für die Sozialhilfe, was kantonal schliesslich gilt, entscheiden die jeweiligen Sozialdepartemente. Unvermeidlich werden aber mittels dieser Berechnungen die einen als arm deklariert, weil ihr Einkommen unter die ermittelte Grenze fällt, und die anderen, deren Einkommen möglicherweise nur knapp drüber liegt, formal betrachtet, nicht. Die einen haben damit ein Recht auf Unterstützung, die anderen nicht.

Alle Personen mit Einkommen rund um diese Grenze verbindet, dass sie sich sorgen müssen ums Geld. Darum, wie sie ihre Rechnungen bezahlen können. Viele schämen sich, weil sie ihre Freunde nicht zum Essen im Restaurant treffen können, weil eine Geburtstagsfeier für ein Kind heisst, anderswo zu verzichten, und weil Besuch zu Hause ein Loch in die Kasse reisst. Viele beantragen aus Stolz oder Scham – oft zwei Seiten derselben Medaille –, aber auch aus Unkenntnis keine staatliche Unterstützung, selbst wenn sie ein Recht darauf haben. Andere sind verschuldet ohne Aussicht auf ein Restschuldbefreiungsverfahren und damit ohne Anreiz, sich je wieder aus der Sozialhilfe zu lösen. Nur wenige haben sich selbst in diese Situation reingeritten, den meisten wird dies vom Rest der Gesellschaft trotzdem unterstellt. Armut ist nach wie vor ein Stigma.

Viele beantragen keine staatliche Hilfe

Aynur Gün, die ihren echten Namen ebenfalls nicht nennen möchte, arbeitet in Basel im Stundenlohn in einer Tieflohnbranche. Sie gehört zu den 157 000 sogenannten Working Poor in der Schweiz. Diese 4,2 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung haben trotz Arbeit kein Einkommen über der Armutsgrenze. Aynur Gün, die Anfang vierzig ist, kann mit ihrem schwankenden Lohn gerade ihre laufenden Kosten decken. Sie ist eine aufgestellte, selbstbewusste Frau. Sie hat keine dritte Säule, lebt mit ihrem Primarschulkind in einer Zweizimmerwohnung und kann sich keine Fernreise leisten. «Zum Glück habe ich diesen Wunsch auch nicht», sagt die Alleinerziehende. Sie geniesst die kleinen Dinge: einen neuen Haarschnitt, einen Spaziergang im Wald, die Zeit mit dem Kind. «Gesundheit ist das Wichtigste», sagt sie. Sorgen macht ihr hin und wieder, dass sie sich keine grössere Wohnung leisten kann. Staatliche Unterstützung aber lehnt sie ab. Dazu trägt auch die Ausgestaltung der Sozialhilfe bei, etwa durch die Rückerstattungs- oder die Verwandtenunterstützungspflicht, die viele davon abhält, Hilfe zu beantragen. Auch die Verknüpfung von Sozial- und Ausländerrecht ist ein Faktor. Seit 2019 gilt: Beziehen Migrantinnen und Migranten Sozialhilfe, riskieren sie ihre Aufenthaltsbewilligung. Diese Regelung hat eine diskriminierende Mauer um die Sozialhilfe gebaut und viele Familien mit Migrationshintergrund in Notlagen gebracht.

Zeitgerechtigkeit:

«Wir müssen Care-Arbeit anders verteilen»

Von Merièm Strupler und Raphael Albisser
Zeitdruck und Zeitknappheit sind akute gesellschaftliche Probleme. Um ihnen beizukommen, müssten wir die Zeit und auch die Care-Arbeit anders verteilen, findet Teresa Bücken, Autorin des Buchs «Alle_Zeit», im Interview. Dabei gelte es, die Art und Weise

zu überdenken, wie wir die Gesellschaft organisieren, insbesondere die zentrale Stellung der Erwerbsarbeit. Zudem sei es entscheidend, die Machtfrage konsequent zu stellen.

Jetzt lesen:

moneta.ch/knappheit-zeit



Problematische Strukturen

Armut ist ein strukturelles Problem. Viele Betroffene kommen bereits aus armen Familien, andere mussten fliehen oder sind anderweitig in eine Krise geraten. Viele haben unbezahlte Care-Arbeit geleistet und daher eine sehr kleine Rente. Einige haben Schulden geerbt, bei einigen kam einfach zu viel zusammen: ein Unfall, eine gescheiterte Beziehung oder der Jobverlust. Ausgespart bleibt hier das ganze System der Asyl- und Migrationspolitik, in dem Menschen absichtlich in absoluter Armut gehalten werden, zum Beispiel in der Nothilfe, um ihnen ihr Dasein hier zu verleiden und sie zum Gehen zu bewegen – was in einer Vielzahl der Fälle eine menschenrechtliche Katastrophe ist.

Armutsbetroffene und -gefährdete sind stärker von Teuerung betroffen als die sogenannte Mittelschicht. Denn die zehn Prozent einkommensschwächsten Haushalte in der Schweiz geben ihr wenig Geld anders aus: Weil ein grösserer Teil davon zur Deckung beispielsweise der gestiegenen Elektrizitätsrechnung aufgewendet werden muss, spüren sie den Anstieg der Strompreise auch deutlicher im Portemonnaie. Während Ausgaben für Freizeit und Kultur sowie Restaurants und Hotels für sogenannte Normalverdienerinnen und -verdiener einen signifikanten Anteil ausmachen, konnten sich 7,9 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2021 gar keine regelmässigen Freizeitaktivitäten leisten und 3 Prozent nicht mindestens einmal pro Monat Freunde oder Familie zum Essen treffen.

Kein Problem anderer Leute

Aynur Gün wird wahrscheinlich auch einmal von Altersarmut betroffen sein. Und auch wenn Menschen mit Migrationsgeschichte einen grossen Anteil der armutsbetroffenen und -gefährdeten Personen ausmachen, Armut ist kein Problem anderer Leute. Eine signifikante Anzahl biografischer Schweizerinnen und Schweizer leiden ebenso darunter. Etwa die 300 000 Schweizer Rentnerinnen und Rentner, die mit weniger als 2400 Franken pro Person und Monat leben müssen – während zugleich jedes siebte Seniorenpaar über ein Vermögen von mindestens einer Million Franken verfügt. •

DIE SEITEN DER ABS

BEIM INVESTIEREN DEN BODEN SCHÜTZEN

Die Tätigkeit der ABS soll den Boden schonen: Investitionen im Ausland sind nur zulässig, wenn sie diese Ressource nicht verschmutzen oder zerstören. In der Schweiz steht der haushälterische Umgang mit dem Boden beim Bauen im Vordergrund.

Text: Pieter Poldervaart

Internationale Konzerne und Staaten wie China sichern sich in Afrika Ackerflächen, um dort Lebensmittel für den Export anzubauen. Die industrielle Landwirtschaft ihrerseits laugt die Böden aus, sodass sie nach wenigen Jahren unfruchtbar sind. Anderswo bedroht der Abbau von Bodenschätzen und fossiler Energie die Bodenfruchtbarkeit. Klar, dass solche Wirtschaftszweige für die ABS tabu sind. Dafür sorgen allein schon die Ausschlusskriterien, die etwa Investitionen in standardisierte Massentierhaltung oder Monokulturen untersagen. Auch Projekte wie Pipelines, Minen, Kraftwerke und Staudämme, die dem Boden irreversible Schäden zufügen können, sind in den Ausschlusskriterien der ABS explizit aufgeführt.

Zersiedelung als Hauptproblem

Im Inland sind die Böden ebenfalls unter Druck. Im Bereich Landwirtschaft fördert die ABS bewusst den nachhaltigen und damit bodenschonenden Anbau. Besonders dramatisch ist hierzulande der Verlust an offenem Land durch die Zersiedelung. Seit 1985 haben die Siedlungsflächen in der Schweiz um 31 Prozent zugenommen, während die Landwirtschaftsflächen um 7 Prozent zurückgingen. Die Gründe: Die Wohnbevölkerung

steigt, ebenso ihr Anspruch auf Wohnfläche – seit 1960 hat sich die Wohnfläche pro Person verdoppelt.

Um mit ihren Krediten diesen Trend nicht weiter anzuhetzen, hat die ABS 2012 einen Zersiedelungsrechner entwickelt. Trifft eine Finanzierungsanfrage ein, wird analysiert, ob durch das Projekt die Siedlungsfläche steigt, ob die Streuung der Siedlung zunimmt – was häufig neue Verkehrswege erfordert und noch mehr Boden versiegelt – und ob die Ausnutzung der Siedlungsfläche verbessert wird. «Diese Analyse hilft uns, zu beurteilen, wie nachhaltig ein Bauprojekt in Bezug auf die Ressource Land ist», sagt Peter Nardo, Segmentsleiter Immobilienfinanzierung bei der ABS. Allerdings werde jedes Objekt individuell betrachtet. Werde etwa ein Gewerbeareal neu für Wohnobjekte umgestaltet, brauche es andere Ansätze, um die Nachhaltigkeit zu beurteilen. «Eine weitere Komponente ist, auch die soziale Nachhaltigkeit angemessen zu berücksichtigen», sagt Nardo und meint damit, dass der grosse Mangel an günstigem Wohnraum in das Spannungsfeld einbezogen wird. Das macht ein Abwägen zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit nötig.

Analysetools erleichtern Entscheide

Die ABS finanziert keine Liegenschaften im Ausland. Im Inland sind neben dem traditionellen gemeinnützigen Wohnungsbau auch private Ein- und Mehrfamilienhäuser als Kreditobjekte möglich. Besonders gern unterstützt die ABS dabei Sanierungen. «Diese haben ein beträchtliches Wirkungspotenzial, wenn von der Ölheizung auf erneuerbare Energie gewechselt oder in die Wärmedämmung investiert wird», erklärt Nardo. Seit einem Jahr

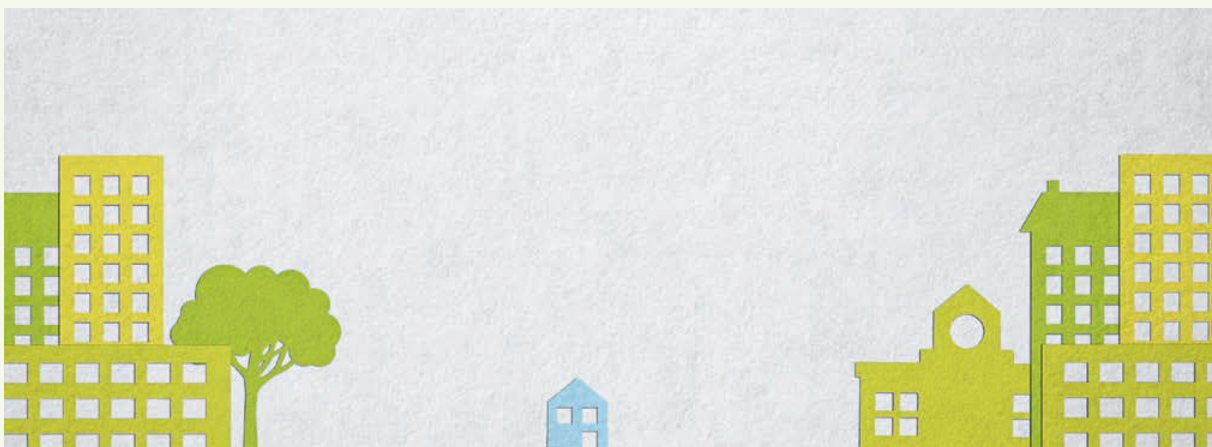


Illustration: art.i.schock

WOHNEN IM CONTAINERFORMAT

Klein, in Fussdistanz zum Arbeitsplatz und doch nicht für die Ewigkeit gebaut, das Tiny House in Nuglar SO von Regina Lorenz erfüllt gleich mehrere ihrer Wünsche. Mit einem Darlehen ermöglichte die ABS die Realisierung des Hauses auf einer gepachteten Parzelle. Text: Pieter Poldervaart

ist die ABS Fachpartnerin von eValo, einem Analysetool für energetisches Sanieren. Das Instrument zeigt die Sanierungsmassnahmen und deren Kosten auf und wie sich dadurch CO₂-Emissionen reduzieren lassen. Obwohl Projekte häufig schon weit gediehen sind, wenn sie bei der ABS zur Finanzierung eingereicht werden, bringt die ABS Vorschläge zur Verbesserung der Bauökologie oder zu weiteren Möglichkeiten wie beispielsweise Regenwassernutzung, Ladestationen für E-Bikes oder die Möglichkeit von autofreiem Wohnen ein.

Gemeinden sollen sich mehr absprechen

Die ABS ist damit auf dem richtigen Weg, bestätigt Damian Jerjen, Direktor von EspaceSuisse, dem Verband für Raumplanung. Die 2014 in Kraft getretene Revision des Raumplanungsgesetzes brachte auch Hebel gegen zu grosse Bauzonen, die seither teilweise wieder zu Landwirtschaftsland werden. Ein Problem, das mit der Revision angegangen wurde, ist auch die Hortung von Bauland: wenn also Parzellen in der Bauzone während Jahrzehnten nicht bebaut werden und stattdessen dieselbe Gemeinde neues Bauland einzont. «Gleichzeitig verlangt das Gesetz, die qualitätvolle Verdichtung nach innen zu fördern», erklärt Jerjen. Das umzusetzen, sei besonders anspruchsvoll: «Auf der grünen Wiese zu bauen, ist viel einfacher, als im bebauten Raum etwas zu verändern und womöglich von Einsprachen gebremst zu werden.»

Immerhin zeigt die letzte Arealstatistik des Bundes, dass das neue Raumplanungsgesetz langsam wirkt. So wuchs die Siedlungsfläche etwas langsamer als die Bevölkerung. «Zwar ist unser Flächenbedarf für das Wohnen nach wie vor sehr hoch. Doch wir bauen zunehmend in die Höhe und nutzen bestehende Siedlungsflächen besser», bilanziert Jerjen.

Dass die Zersiedelung dennoch voranschreitet und in den letzten zehn Jahren zweimal die Fläche des Zürichsees zubetoniert wurde, hat auch mit dem Schweizer Föderalismus zu tun: Statt sich abzusprechen, wo in einer Region Siedlungsgebiete und wo Arbeitszonen entstehen, entwickelt jede der 2000 Schweizer Gemeinden Siedlung und Strassen zuerst einmal für sich; dies, obwohl die politischen Grenzen für Bevölkerung und Wirtschaft längst nicht mehr wichtig sind. «Das bedeutet, dass nicht nur Wohn- und Arbeitsraum, sondern auch die dazugehörigen Infrastrukturen unkoordiniert entstehen und damit übermässig Boden verbrauchen», erklärt Jerjen. Werde die Entwicklung hingegen regional koordiniert, seien auch neue Formen von Nutzungen denkbar: «Der Tech-Cluster auf dem ehemaligen Areal des Küchenherstellers V-Zug mitten in der Stadt Zug beispielsweise zeigt, dass ein neuer Nutzungsmix möglich ist, der Produktion, Dienstleistungen und Wohnen nebeneinander ermöglicht, dabei Flächen spart und den Verkehr reduziert.»

Wer bei Regina Lorenz zu Besuch kommt, macht bloss einen Schritt – und steht schon in der Stube. Einen Schritt nach links befindet sich das mit Schiebewand verschliessbare Badezimmer. Rechts beginnt nach zwei Metern ein 20 Zentimeter hohes Podest, auf dem hufeisenförmig eine komplette Küche installiert ist. Und wer einen zweiten Schritt ins Innere der Wohnstatt macht, steigt links neun Stufen hoch und steht vor dem knapp einen Meter hohen Schlafpodest, das exakt über dem Badezimmer angelegt ist und mit Dach- und Seitenfenster viel Tages- oder auch Nachtlicht hereinlässt. In Küchenpodest und Treppenstufen sind zahlreiche Schubladen eingelassen, die Platz für den Alltagskram bieten. Gerade mal 32 Quadratmeter misst der Grundriss des Tiny Houses, in dem Regina Lorenz seit Sommer 2022 wohnt. 12,2 mal 2,4 Meter misst auch ein ISO-Normcontainer, und das ist kein Zufall: Das Eigenheim hat damit genau die richtigen Masse, um per Lastwagen transportiert zu werden – so auch nach Nuglar. Dort wurde es auf gut einen Meter hohen Stelzen fixiert und an Wasser, Abwasser und Strom angeschlossen.

Wohnen nah bei der Arbeit

Dass Lorenz seit einem Jahr auf kleiner Fläche lebt, hat mit ihrem Beruf zu tun: Seit 2018 unterrichtet die 47-Jährige als Primarlehrerin in der 1500-Seelen-Gemeinde Nuglar-St. Pantaleon, die zum Kanton Solothurn gehört. Anfangs pendelte sie mit dem Auto aus Kleinbasel ins Dorf. «Doch der Arbeitsweg begann mich zu belasten.» Regelmässige Veränderungen gehören zum Leben der ausgebildeten Polizistin, die über Tätigkeiten in der Spitex, in einem Kinderheim und einer abgebrochenen Ausbildung in Sozialarbeit zum Lehrerinnenberuf kam. Bevor sie die Stelle in Nuglar antrat, lebte sie sieben Monate im Iran, trekkte vier Monate auf einem Weitwanderweg, übernachtete dabei höchstens einmal die Woche in einem Hotel und kam in Schlafsack und Zelt >>>

Foto: Anna-Lena Holm



Regina Lorenz ist im Sommer 2022 von einer Dreizimmerwohnung mit Estrich- und Kellerabteil in ihr 32 Quadratmeter grosses Tiny House gezogen.



Fotos: Anna-Lena Holm



»» der Natur wieder näher. «Diese Natur gibts auch in Nuglar noch, viel Grün, Ruhe, den Sternenhimmel.»

Vor drei Jahren stiess Lorenz auf das Konzept des Tiny Houses. Sie recherchierte im Netz und war bald so fasziniert, dass sie dem Verein Kleinwohnen Schweiz beitrug und nach Deutschland pilgerte, wo der Markt für dieses minimale Wohnen damals boomte. Je länger Lorenz sich mit der «Kleinwohnform» auseinandersetzte, desto klarer wurde ihr: Erst muss der Platz her, dann das Haus. So spazierte sie durch ihren Arbeitsort, fahndete nach passenden Freiflächen und suchte das Gespräch mit der Dorfbevölkerung. Schliesslich wurde sie auf eine Parzelle mit Geissenunterstand aufmerksam, einigte sich mit dem Landbesitzer, unterschrieb einen zehnjährigen Pachtvertrag – und machte sich auf Geldsuche.

Ein Symbol für die Werte der ABS

«Anders als Wohneigentum, sind Tiny Houses rechtlich keine Liegenschaften, sondern eine Anschaffung wie andere auch. Die Person besitzt den Boden ja nicht, wir können deshalb keine Hypothek darauf geben», erklärt Peter Senn, der sich bei der ABS als Berater auf diese Kleinwohnform spezialisiert hat. Deshalb behelfe man sich mit einem Darlehen – wobei die Sicherheit fehle und die Bank deshalb ein gewisses Risiko eingehen.

Die ABS finanziert aber längst nicht jedes Tiny House, jenes in Nuglar ist erst das zweite. Bedingung ist, dass nicht einfach auf der grünen Wiese gebaut wird, sondern eine Baulücke genutzt und so ein kleiner Beitrag gegen die Zersiedelung geleistet wird. Weiter muss das Minihaus selbst bewohnt werden – einfach ein Tiny House im Garten zu errichten und via Airbnb zu vermieten, geht also nicht.

Tatsächlich ermöglichte erst der ABS-Kredit von 130 000 Franken das Projekt von Regina Lorenz. Die ABS ist damit ein Sonderfall: Wie eine im Sommer publizierte Bachelorarbeit zeigt, offeriert aktuell nur die ABS die Möglichkeit, via Darlehen Tiny Houses, die nicht auf eigenem Boden stehen, zu finanzieren. Ein Grund für die Zurückhaltung der Banken sei auch, dass sich der Weiterverkauf solcher Kleinwohnformen noch nicht etabliert habe, meint Senn. «Neben den fehlenden Möglichkeiten für Darlehen ist weiter das Gesetz ein Problem, das für diese Wohnform dieselben Baunormen wie Energie-nachweis oder Hochwasserschutz vorschreibt wie für ein normales Einfamilienhaus.»

Reduziert – auch beim Hausrat

Nachdem die Finanzierung unter Dach und Fach war, plante Lorenz zusammen mit dem auf Kleinwohnformen spezialisierten Architekten Alesch Wenger die Verwirklichung ihres Wohntraums. In Baden-Württemberg fanden sie einen Zimmermann, der zusammen mit einem Schreiner, einem Sanitär und einem Elektriker ihr Wunschhaus zusammenstellte. Bau, Transport, Ver-zol-lung und Installationen läpperten sich auf 190 000 Franken. Etwas Geld sparen konnte Lorenz, indem sie die Umgebungsarbeiten selbst erledigte und Kompost sowie Regenwassertonne montierte. Geheizt wird mit einem Pelletofen. Ihr Lieblingsplatz ist übrigens am Abwaschbecken: «Hier blicke ich direkt auf die Dorfstrasse. Und auf der anderen Strassenseite, bei den Ziegen und Hühnern, läuft immer was.» Die grosszügigen Fenster auf drei Seiten lassen das Wohnen im Containerformat offener und weiter erscheinen, als es tatsächlich ist.

Doch wie passt der Hausrat der früheren Dreizimmer-wohnung mit Estrich- und Kellerabteil in einen Schiffscon-tainer? Tut er nicht, weiss Lorenz: Schon ein halbes Jahr vor ihrem Umzug startete sie mit dem Ausmisten, gab günstig oder gratis ab, was sie nicht zwingend behalten wollte. Seither überlegt sie sich ausgiebig, ob sie sich einen Gartengrill («nein») oder ein Sonnensegel («ja») an-schaffen will. Gewisse Werkzeuge kauft sie im Dorf-Brocki respektive leiht sie für ein paar Franken und bringt sie nach Gebrauch wieder zurück. «Das Shoppen habe ich mir komplett abgewöhnt. Geht etwas kaputt, ersetze ich es in guter Qualität.» Und Zelt und Schlafsack? Die liegen gut verpackt im Stauraum unter dem Tiny House, den die Stelzen bilden und wo auch Platz für Roller und Velo ist. Einpacken könnte sie auch gleich das ganze Haus, es auf den Lastwagen verladen und zu einem neuen Stellplatz liefern lassen. So viel Freiheit muss sein.

Weitere Informationen zu Tiny-House-Finanzierungen bei der ABS finden Sie unter: abs.ch/tinyhouse

MIT VIELFÄLTIGEM ENGAGEMENT GEGEN DEN PERSONALNOTSTAND

Die gemeinnützige Stiftung Solina betreibt in Spiez und Steffisburg drei Langzeitpflegeinstitutionen sowie 100 Wohnungen mit Zusatzdienstleistungen. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel engagiert sich die Stiftung stark für die Zufriedenheit der Mitarbeitenden. Die Alternative Bank Schweiz unterstützt Solina seit zehn Jahren als Hypothekenpartnerin.

Text: Béatrice Koch



Patric Bhend
Geschäftsführer Solina

Die Stiftung Solina ist eine vorbildliche Arbeitgeberin. Das sagt nicht nur ihr Geschäftsführer Patric Bhend. Das sagen vor allem diejenigen der 690 Mitarbeitenden, die der Stiftung in einer Umfrage so gute Noten gaben, dass sie 2022 mit dem zwölften Rang beim Swiss Arbeitgeber Award ausgezeichnet und damit zu den attraktivsten Firmen im Kanton Bern gewählt wurde. Diese Auszeichnung sei die Folge einer vorausschauenden Strategie des Stiftungsrats, der die Personalknappheit bereits vor zehn Jahren als grösste Herausforderung in der Langzeitpflege definiert hatte,

erklärt Bhend. «Seit 2014 ist deshalb das Personalmanagement in der Geschäftsleitung vertreten.» In den vergangenen Jahren habe man zudem einen «riesigen Strauss an Massnahmen» gebündelt, um die Wertschätzung für die Mitarbeitenden auszudrücken und gute neue Fachkräfte zu gewinnen: So bewilligt die Stiftung grosszügig Weiterbildungen, bietet gute Sozialleistungen und beteiligt die Mitarbeitenden am Gewinn, wobei eine Lernende oder ein Lernender den gleichen Betrag erhält wie der Geschäftsführer. Sie offeriert der Belegschaft kostenlose Heissgetränke, organisiert regelmässig Personalausflüge und investierte in attraktive Personalräume. Das Unternehmen definiert sich als familienfreundlicher Betrieb, verfügt an zwei Standorten über extern

betriebene Kindertagesstätten und gewährt einen sechswöchigen Vaterschaftsurlaub. Diese – nicht abschliessende – Liste zeigt: Solina lässt sich die Zufriedenheit der Mitarbeitenden etwas kosten. Das Ziel sei es, langfristig eine ehrliche und wertschätzende Firmenkultur zu schaffen. Denn: «Unsere knapp 700 zufriedenen Mitarbeitenden sind die besten Botschafterinnen und Botschafter, die ein positives Bild nach aussen tragen», sagt Bhend.

Mitarbeitende sollen nicht ausbrennen

Aktuell verfügt Solina über 510 Vollzeitstellen, davon entfallen 336 auf die Pflege, Betreuung und Aktivierung. «Damit liegen wir aktuell 16 Vollzeitstellen über dem Soll, das der Kanton für die Betreuung vorschreibt», sagt Bhend. Diese an sich gute Nachricht müsse aber relativiert werden: «In einzelnen Teams kommt es immer wieder zu Vakanzen, die oft nicht nahtlos mit qualifizierten Fachkräften besetzt werden können.» Gefüllt werden die Lücken mit temporären Arbeitskräften. Das verursacht Mehrkosten und führt wegen der häufigen Ein- und Austritte zu Unruhe im Team und bei den Bewohnerinnen und Bewohnern. >>>

Die Stiftung Solina engagiert sich sehr für die Zufriedenheit ihrer Mitarbeitenden und hat im Kampf gegen den Fachkräftemangel einen Strauss an Massnahmen gebündelt.



Fotos: Solina

»» Um den Anteil an Temporärkräften zu reduzieren, habe man im Bereich der Pflege einen Personalpool mit etwa zehn Festangestellten gebildet, die flexibel in den verschiedenen Teams eingesetzt werden. Und als gemeinnützige, nicht gewinnorientierte Stiftung verzichte Solina auch mal darauf, ein Pflegebett zu besetzen, wenn zu wenig Personal verfügbar sei: «Wir möchten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht ausbrennen lassen.»

Selbst eine vorbildliche Arbeitgeberin wie Solina ist also vor dem Pflegenotstand nicht gefeit. «Vor ein paar Jahren war es schwierig, studierte Pflegefachkräfte anzuwerben. Heute fehlt das Personal aber auch auf den Stufen Fachangestellte Gesundheit (FaGe) und Pflegeassistenten», führt Bhend aus. Die Gründe sind vielfältig, und nicht alle kann der Betrieb beeinflussen: Die Arbeit in der Langzeitpflege ist psychisch und physisch anstrengend, Schichtarbeit zunehmend unbeliebt, die Entlohnung im Vergleich zu den Spitälern tiefer. Ausserdem ist die Zahl der Ausbildungsplätze beschränkt, und auch die Ausbildung selbst trägt laut Bhend dazu bei, falsche Erwartungen zu schüren: «Sie fokussiert auf Akutpflege, während bei uns anstelle von Medizintechnik zum Beispiel eher kommunikative Fähigkeiten im Umgang mit Menschen mit Demenz gefragt sind.» Das führe manchmal dazu, dass neue Mitarbeitende enttäuscht seien, weil sie das Gelernte nicht anwenden können. Die Personalknappheit betreffe aber beileibe nicht mehr einzig die Pflege, sondern auch Gastronomie und Hauswirtschaft: «Der Markt ist seit der Corona-Pandemie sehr dynamisch, und es ist schwierig, genügend qualifizierte Menschen zu erreichen.» Bei Solina setzt man bei der Personalsuche stark auf Social Media: «Der Grossteil der Bewerberinnen und Bewerber wird über soziale Medien oder persönliche Empfehlungen auf uns aufmerksam.» Ein Stelleninserat zu schalten, reiche heute nicht mehr, ist Bhend überzeugt.

Ein Ort, an dem gelebt wird

Die Stiftung Solina betreibt drei Alters- und Pflegeheime in Spiez und Steffisburg mit aktuell 389 Plätzen. Das Angebot reicht von der klassischen Geriatrie bis zur Betreuung von Demenzkranken sowie älteren Menschen mit komplexen psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen und geistigen sowie körperlichen Einschränkungen. Zusätzlich bietet die Stiftung etwa 100 betreute Wohnungen an für Menschen, die selbstständig leben und bei Bedarf Zusatzleistungen wie Mahlzeiten- oder Reinigungsdienst in Anspruch nehmen möchten. Die Institutionen seien offene Häuser, sagt Bhend. So finden an allen Standorten öffentliche Anlässe wie Konzerte und Vor-

träge für Menschen aus allen Altersschichten statt. «Wir sind ein Ort, an dem nicht nur gestorben, sondern vor allem gelebt wird.»

Für die Finanzierung der Hypotheken setzt Solina seit zehn Jahren auf die Alternative Bank Schweiz. «Die ABS übernimmt 55 Prozent unserer Fremdfinanzierung und ist damit unsere Hauptfinanzierungspartnerin», erklärt Bhend. Für die ABS habe man sich entschieden, weil die Bank einerseits für einen Betrieb dieser Grösse attraktive Konditionen anbiete und andererseits ähnliche soziale und gemeinnützige Werte vertrete. «Die Zusammenarbeit verläuft sehr partnerschaftlich», lobt Bhend.



VORANKÜNDIGUNG

GENERALVERSAMMLUNG DER ABS

**Freitag, 17. Mai 2024,
Umwelt Arena in Spreitenbach**

Am 17. Mai 2024 findet die 33. Ordentliche Generalversammlung (GV) der Alternativen Bank Schweiz AG statt.

Die persönliche Einladung mit der detaillierten Tagesordnung wird spätestens drei Wochen vor der Versammlung verschickt.

Anträge von Aktionärinnen und Aktionären sind dem Verwaltungsrat bis **spätestens 15. März 2024** (Poststempel) schriftlich einzureichen. In die Traktanden werden ausschliesslich Anträge aufgenommen, für die die Generalversammlung gemäss Artikel 7 der ABS-Statuten zuständig ist.

**Senden Sie Ihre Fragen
zur Generalversammlung**
per E-Mail an: gvag@abs.ch

oder per Post an:
Alternative Bank Schweiz AG,
Postfach, 4601 Olten.

GELD ODER LEBEN!

Nein, es geht nicht um einen Banküberfall. Es geht darum, was einem wichtig ist in Bezug auf die Balance zwischen Freizeit und Arbeit. Zeit ist knapp. Die ABS ist überzeugt, dass es für Engagement am Arbeitsplatz und Zufriedenheit im Leben eine Arbeit braucht, die zu einem Sinn beiträgt und Zeit für Familie, private Aktivitäten und Weiterbildung lässt. Die Freiräume, welche die ABS gewährt, schätzen und nutzen zahlreiche Mitarbeitende. Text: Rico Travella



Illustration: art.ischock

«Dass ich eine 40-Stunden-Woche habe und mich abends mit freiem Kopf und gutem Gewissen meiner Familie widmen kann, ist für mich mehr wert als ein möglichst hoher Lohn», sagt *Bruno Clerici*, Anlageberater in Genf. Familienzeit und die Möglichkeit, sich auch mal um Angehörige kümmern zu können, sind schon lange im Personalreglement der ABS verankert. *Katrin Wohlwend* von der Nachhaltigkeitskommunikation hat beim zweiten Kind noch zwei Monate Elternzeit «angehängt». Mitarbeiterinnen, die zum Zeitpunkt der Geburt mindestens zwei Jahre bei der ABS tätig gewesen sind, erhalten sechs Monate bezahlten Urlaub und können bis zu sechs weiteren Monaten unbezahlt Urlaub nehmen. Den Vätern gewährt die Bank 20 Tage bezahlten Vaterschaftsurlaub, der sich auf Wunsch mit bis zu neun Monaten unbezahltem Urlaub ergänzen lässt.

Alle fünf Jahre gewährt die ABS den Mitarbeitenden einen Jubiläumsururlaub von vier Wochen. Diese Zeit nutzen viele, um einen Traum zu verwirklichen oder sich weiterzubilden. «Mein Mann und ich wollten schon lange einmal die Westküste Frankreichs bis nach Südf frankreich mit dem Fahrrad erkunden. Weil das auch für mein Französisch wertvoll war, hat auch die ABS etwas von meinen Ferien», erklärt *Andrea Gerber* aus dem Rechnungswesen mit einem Schmunzeln. *Olivier Schott*, Leiter Anlageberatung Romandie, hält fest: «Ich war lange bei Grossbanken tätig. Als ich meinen früheren Kolleginnen und Kollegen erzählte, dass ich sechs Wochen am Stück für einen Traum einsetzen kann, waren alle neidisch.»

Der Wunsch nach Teilzeitarbeit ist bei der ABS keine Karrierebremse. Als *Tanja Reuter* und *Nicole Bardet* in die Geschäftsleitung berufen wurden, konnten sie ihr Teilzeitpensum beibehalten. Beide haben junge Kinder, die sie auf diese Weise weiter mitbetreuen konnten. Die Flexibilität ist gegenseitig. In der aktuellen Phase der neuen organisatorischen Ausrichtung haben die beiden Frauen einen Weg gefunden, ihr Pensum vorübergehend

aufzustocken. Zahlreiche Mitarbeitende in der ABS pflegen nebst ihrer Berufung bei der ABS eine weitere Leidenschaft. Das ist oft auch für die ABS ein Gewinn. So hat sich *Judith Schär*, Leiterin Vorsorgestiftungen, zur Heilpflanzenfachperson mit Diplom ausbilden lassen. «Die Natur und die natürliche Heilkraft der Pflanzen haben mich schon immer fasziniert. Sobald es das Arbeitspensum zulässt, werde ich mich teilszeitlich den Heilpflanzen und meinem Permakultur-Garten widmen.» Auch Lernende können von der Haltung der ABS profitieren. «Dass ich bei der ABS eine Sportlehre machen kann, ist mega!», sagt *Lisa von Arx*, die bei den Wizards Bern Burgdorf Unihockey spielt. «Bei der U19-WM in Polen haben mich Mitarbeitende der Bank sogar mit einem Cheerleader-Motivationsvideo überrascht.»

Für Zufriedenheit und Wohlbefinden sei aber nicht nur die Zeit neben der Arbeit entscheidend, sagt *Astrid Blunschi*, Verantwortliche für Personal und Organisationsentwicklung: «Wir arbeiten rund 80 000 Stunden bis zur Pension. Da sollte sich jede und jeder von uns überlegen, wofür wir diese Zeit einsetzen. Denn die kann man nicht wie Geld ansparen und später nutzen. Wenn ich etwas Sinnvolles tue, trägt das zu meinem Wohlbefinden bei. Für mich war das eine entscheidende Motivation, zur ABS zu kommen.»

Hier finden Sie unsere offenen Stellen:
abs.ch/mitarbeiten

WICHTIGER HINWEIS ZU MONETA-BEILAGEN UND -INSERATEN

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

www.fairsicherung.ch

fairsICHERUNG.

nachhaltig.transparent.kompetent

Unser Standort

Holzikofenweg 22
3007 Bern
T +41 31 378 10 10
fair@fairsicherung.ch

Ihr Partner für nachhaltige
Versicherungs- und Vorsorgelösungen.

HUMANITÄRE HILFE FÜR DIE UKRAINE

JETZT SPENDEN FÜR:

- Evakuierungen aus zerstörten Gebieten
- Lieferung von Hilfsgütern
- Traumatherapie
- Wiederaufbauprojekte

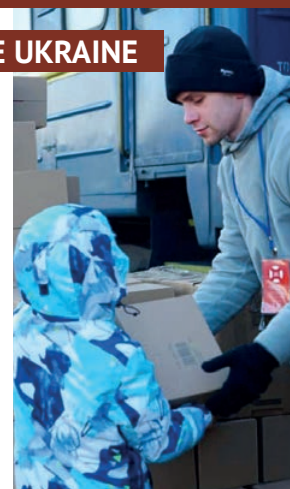


QR-Code für Twint
und QR-Rechnung



Partnership for Human Rights

libereco.org/spenden
Libereco, 8000 Zürich
CH61 0900 0000 8579 2427 8




Rettet den Regenwald Schweiz

MINANGA

Dein Dorf
zwischen
Bergbau,
Landwirtschaft
und
Menschenrechten

Das spannende Brettspiel bringt
den Konflikt zwischen Bergbau,
Menschenrechten und Umweltschutz in
Ihr Wohn- oder Schulzimmer. Wie wird
sich Ihr Dorf entscheiden?



Mehr Info
www.rettet-regenwald.ch/minanga

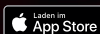
Jetzt
abonnieren!

filmingo

Streaming für Filmfans



Return to Dust (2022)
von Li Ruijun, China



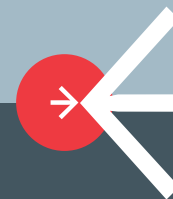
filmingo.ch

Gute Filme gibt's auch als DVD auf www.trigon-film.org

HIER KÖNNTE
IHRE ANZEIGE STEHEN!

PLATZIEREN SIE
IHRE BOTSCHAFT!

In einer der nächsten
Ausgaben.



moneta.ch/inserate
moneta@abs.ch

Magazin für Geld und Geist

moneta

Gestaltung: clerici-partner.ch

CASA Andrea Cristoforo
ASCONA

Eine OASE der STÄRKUNG und des WOHLBEFINDENS

Körperliches und seelisches Gleichgewicht brauchen Zeit und Pflege. Mit einem Aufenthalt in der Casa Andrea Cristoforo in eine Oase der Ruhe eintauchen und sich ganzheitlich erholen.

Eingebettet in die kraftvolle Naturkulisse des Lago Maggiore geniessen unsere Gäste eine mediterrane Bio-Küche. Lassen Sie sich durch kulturelle Veranstaltungen inspirieren und entdecken Sie künstlerische Aktivitäten.

Hat ein Schicksalsschlag, eine Operation oder Diagnose Ihre Kräfte erschöpft? Dann sind Sie bei uns im einzigen anthroposophischen Kurhaus in der Schweiz in besten Händen.

Zeit, diese Oase zu entdecken!

Für ABS-Kunden
5% Rabatt
auf Logis im Juni,
Juli und August 2024



Casa Andrea Cristoforo
Strada Collinetta 25 • CH-6612 Ascona
Telefon +41 91 786 96 00
www.casa-ac.ch

casafair
Eigentum
mit Verantwortung



Ab
1. Oktober
gratis bis
Ende Jahr!

Casafair –
der Verband für
Eigentümer*innen
mit Zukunftslust.
Nachhaltig, fair
und kompetent.

Von A wie Altlast bis Z wie zukunftsweisende Lösung.
Bei uns sind sie rundum gut beraten.

www.casafair.ch

DEM REGENWALD
EINE STIMME
GEBEN



–
das haben wir
uns zur Aufgabe
gemacht!

Wir unterstützen über 50 Projekte in Regenwaldgebieten in Lateinamerika, Afrika und Südostasien.

In der Schweiz gibt es uns seit Juni 2023. Hier leisten wir Kampagnen- und Bildungsarbeit. Sie können uns dabei helfen. Gerne auch mit einer Spende.



Mehr Info
www.rettet-regenwald.ch

**ALTERNATIVE
BANK
SCHWEIZ**

Anders als Andere.



Sinnvoll. Anders.
Der erste ABS-Anlagefonds ist da.

Mehr dazu auf: www.abs.ch/anlagefonds

«Es gibt kein Wunschkonzert mehr bei den Medikamenten»

Auch im Pharmaland Schweiz mangelt es an zahlreichen Medikamenten. Apothekerin Lydia Isler-Christ erklärt, was man dagegen tun kann – und wie sie sonst mit Knappheit umgeht.

Interview: Stefan Boss

moneta: Frau Isler-Christ, woran fehlt es in Ihrer Apotheke?

Lydia Isler-Christ Der Medikamentenmangel betrifft alle Apotheken, nicht nur unsere. Es fehlt täglich an etwas.

Zum Beispiel?

Letzten Winter wurden die Antibiotika sehr knapp. Das Problem könnte sich diesen Winter wiederholen. Bei gewissen Antibiotika dürfen wir nur noch eine abgezählte Menge einzelner Tabletten verkaufen und keine ganzen Packungen mehr.

Wie steht es bei starken Schmerzmitteln?

Ganz bestimmte Opioide fehlen immer wieder – ein grosses Problem. Daneben mangelt es an Blutdrucksenkern, Mitteln gegen Epilepsie, Hormonpräparaten – mittlerweile fehlen fast für jede Indikation gewisse Präparate.

Beunruhigend. Zum Teil hat der Bund seine Pflichtlager geöffnet, inwiefern schafft dies Abhilfe?

Dies kann bis zu einem Grad sicher helfen. Allerdings müssen die Pflichtlager wieder aufgefüllt werden. Zudem spüren wir in unserer Apotheke bisher nichts von dieser Öffnung.

Ihr Geschäft befindet sich in Basel, wo auch die Pharmafirmen Roche und Novartis ansässig sind. Etwas naiv gefragt: Könnten Sie nicht einfach bei diesen Firmen mehr Medikamente kaufen?
In Basel haben die Firmen vor allem ihre

Forschungsstandorte. Effektiv produziert werden die meisten Medikamente im Ausland. Roche hat noch gewisse Produktionsstandorte in der Schweiz.

Ein Problem sind ja unterbrochene Lieferketten. Woher kommen unsere Medikamente?

Die Wirkstoffe stammen häufig aus China. Diese werden in ein anderes Land – fast überall auf der Welt – geliefert und dort zu Medikamenten verarbeitet.

Gewisse Apotheken stellen vermehrt wieder selbst Medikamente her. Ein Ausweg?

Wir versuchen es. Die Frage ist, ob man den Wirkstoff erhält. Letzten Winter machten wir Hustensirup. Nun stellen wir Beruhigungsmittel her oder Kapseln gegen Schlafstörungen. Dies ist sehr befriedigend, handelt es sich doch um eine Grundkompetenz von uns Apothekerinnen.

Was gibt es sonst für Lösungen? Eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ausland?

Das Problem betrifft ja nicht nur die Schweiz, sondern die ganze Welt. Es braucht Lösungen auf allen Ebenen. Zum Beispiel gibt es Bestrebungen, die Produktion von Wirkstoffen für Medikamente wieder in den EU-Raum oder sogar in die Schweiz zu holen. Dies verteuert aber den Preis, und es stellt sich die Frage, wie viel Medikamente kosten dürfen.

Trotz Engpässen ist die Lage in der Schweiz noch deutlich besser als in anderen Ländern oder in Kriegsgebieten. Kann die Schweiz trotzdem noch helfen?

Dafür ist primär der Bund zuständig. Man schickte etwa gewisse Antibiotika in die Ukraine. Früher sandte man sogar noch angefangene Packungen Medikamente in

Kriegsgebiete, dies ist aber technisch kaum praktikabel. Besser ist es, das Geld zu spenden und die Medikamente zentral einzukaufen.

Litten Sie persönlich oder Ihre Angehörigen schon unter Medikamentenknappheit?

Meine Eltern brauchen Blutdrucksenker. Da es gewisse Kombinationsprodukte nicht mehr gibt, mussten wir versuchen, diese aus einzelnen Tabletten zusammenzustellen. Es gibt heute kein Wunschkonzert mehr, sondern man muss nehmen, was gerade erhältlich ist. Das müssen wir den Leuten immer wieder erklären.

Wie gehen Sie sonst mit Knappheit um – zum Beispiel mit Zeitmangel?

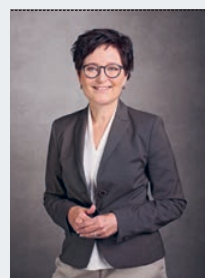
Ich versuche, kreativ zu sein, und setze Prioritäten.

Was machen Sie, wenn in Ihrer Küche eine Zwiebel fehlt und die Läden schon geschlossen sind?

Ich gehe zur Nachbarin! (Lacht.) Ich wohne zwar in der Stadt, aber wir helfen uns aus. Das ist sehr schön.

Bei Medikamenten ist dies vermutlich schwieriger – wenn es nicht gerade um Aspirin geht?

Ja, das stimmt. Wenn den Nachbarn in ihrer Hausapotheke etwas fehlt, kommen sie allerdings häufig zu mir.



Lydia Isler-Christ ist Apothekerin und Inhaberin der Sevogel-Apotheke in Basel. Zudem amtiert sie als Präsidentin des Basler-städtischen Apotheker-Vereins. Der Name Sevogel geht auf ein altes Basler Geschlecht zurück.

Foto: zvg